

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1928**

149 (28.6.1928)

# Volkstreuend

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gelappte Millimeterzeile kostet, 22 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen 45 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei der Fortsetzung des Jahrganges, bei gerichtslicher Entscheidung und bei Anzeigen anderer Art 50 bis 75 Prozent. Bei Anzeigen in der 1. Spalte der Zeitung 20 bis 30 Prozent. Bei Anzeigen in der 2. Spalte der Zeitung 10 bis 20 Prozent. Bei Anzeigen in der 3. Spalte der Zeitung 5 bis 10 Prozent. Bei Anzeigen in der 4. Spalte der Zeitung 2 bis 5 Prozent. Bei Anzeigen in der 5. Spalte der Zeitung 1 bis 2 Prozent. Bei Anzeigen in der 6. Spalte der Zeitung 0,5 bis 1 Prozent. Bei Anzeigen in der 7. Spalte der Zeitung 0,2 bis 0,5 Prozent. Bei Anzeigen in der 8. Spalte der Zeitung 0,1 bis 0,2 Prozent. Bei Anzeigen in der 9. Spalte der Zeitung 0,05 bis 0,1 Prozent. Bei Anzeigen in der 10. Spalte der Zeitung 0,02 bis 0,05 Prozent.

Beilagen: Illustrierte Wochen-Beilage „Volk und Zeit“  
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Heimat und Wandern  
Sozialistisches Jungvolk / Frauenfragen - Frauenschutz

Bezugspreis monatl. 2,50 M., o. ohne Zustellung 2,20 M., o. durch die Post 2,60 M.  
Einzelpreis 10 Pf., Samstags 15 Pf., o. Erscheint 6 mal wöchentlich  
vormittags 11 Uhr o. Nachmittags 2,50 M., Karlsruher o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. B., Markstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Postfach 5111 - Karlsruhe, Wob-  
straße 22, Baden-Baden, Friedrichstraße 26, Rastatt, Friedrichstraße, Offenburg, Caussestraße 24

Nummer 149 Karlsruhe, Donnerstag, den 28. Juni 1928 48. Jahrgang

## Neue Krise - neue Scherben

### Fortgesetzter bürgerlicher parlamentarischer Skandal

#### Das Zentrum als neueste Krisenmacherin - Offenbarung der Hinterhältigkeit des Zentrums Das Spiel mit Dr. Wirth - Krach in der Deutschen Volkspartei

Amlich wird mitgeteilt: Abg. Müller-Franken berichtet am Mittwoch nachmittag dem Herrn Reichspräsidenten über den weiteren Fortgang seiner Verhandlungen mit den für die Regierungsbildung in Frage kommenden Persönlichkeiten und den Fraktionen des Reichstags, denen diese Herren angehören. Seine Bemerkungen, seien dadurch auf Schwierigkeiten gestoßen, daß die Zentrumspartei nach ihren letzten Erklärungen darauf bestünde, entweder für den Abg. Dr. Wirth neben dem Verkehrsministerium auch das Amt eines Vizekanzlers oder an Stelle des Reichsinnenministeriums ein politisches Ministerium, wie das des Reichsfinanzministeriums vorzuziehen. Er lebe bei dieser Sachlage keine Möglichkeit mehr für eine solche Verhandlung. Der Reichspräsident erklärte, daß er an sich kein Bedürfnis für die Einrichtung des in der Verfassung und in der Geschäftsordnung der Reichsregierung nicht als regelmäßig vorgeesehenen Amtes eines Vizekanzlers anerkenne, es im übrigen auch ablehnen müsse, in Ausübung seiner verfassungsmäßigen Rechte sich von einer Fraktion für die Zusammenfassung des Reichskabinetts verbindende Vorarbeiten machen zu lassen. Er erwiderte dem Reichspräsidenten, daß die Einsetzung der Zentrumspartei in der Verfassung und in der Geschäftsordnung der Reichsregierung nicht als regelmäßig vorgeesehenen Amtes eines Vizekanzlers anerkenne, es im übrigen auch ablehnen müsse, in Ausübung seiner verfassungsmäßigen Rechte sich von einer Fraktion für die Zusammenfassung des Reichskabinetts verbindende Vorarbeiten machen zu lassen. Er erwiderte dem Reichspräsidenten, daß die Einsetzung der Zentrumspartei in der Verfassung und in der Geschäftsordnung der Reichsregierung nicht als regelmäßig vorgeesehenen Amtes eines Vizekanzlers anerkenne, es im übrigen auch ablehnen müsse, in Ausübung seiner verfassungsmäßigen Rechte sich von einer Fraktion für die Zusammenfassung des Reichskabinetts verbindende Vorarbeiten machen zu lassen.

#### Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion teilt mit:

Der Abg. Müller-Franken erstattete am Mittwoch nachmittag um 6 Uhr dem Herrn Reichspräsidenten Bericht über die Verhandlungen, die er bisher mit den Persönlichkeiten geführt hat, die er zur Regierungsbildung vorschlagen wollte. Er sei zuletzt deshalb auf Schwierigkeiten gestoßen, weil die Fraktion der Zentrumspartei ihm erklärt habe, daß sie entweder darauf bestünde, daß der Abg. Dr. Wirth neben dem Verkehrsministerium oder dem Ministerium für die besetzten Gebiete die Stellung des Vizekanzlers erhält, oder daß das Zentrum an Stelle eines der kleineren Ministerien ein politisches Ministerium erhält, wie das Reichsinnenministerium des Innern. Da seine Fraktion auf die Besetzung des Reichsinnenministeriums des Innern durch den Abg. Severing nicht verzichten könne, lebe er die Weiterführung aussichtsreicher Verhandlungen nicht mehr als gegeben an. Ohne Hinzuziehung von Vertretern der Zentrumspartei könne er eine Regierung auf tragfähiger Grundlage aber nicht bilden. Unter völliger Aufrechterhaltung seiner sachlichen Bedenken gegen die Zulässigkeit der Errichtung des Postens eines Vizekanzlers würde er bereit sein, um das Zentrum zu gewinnen, seine Bedenken zu überwinden. Aber das würde ihm nur neue Schwierigkeiten bereiten, da er wisse, daß auch in der Deutschen Volkspartei die schwersten Bedenken gegen die Einrichtung des Amtes eines Vizekanzlers bestehen würden. Diese Auffassung wurde bestätigt durch eine Mitteilung, die der Herr Reichsbauminister am Nachmittag dem Büro des Herrn Reichspräsidenten zukommen ließ.

gekommen war, daß die Ernennung eines Vizekanzlers überflüssig sei. Von diesem Uebereinkommen war inzwischen auch der Reichspräsident in Kenntnis gesetzt, der, als die neue Forderung des Zentrums aufkaufte, seine Ablehnung aufgab. Erklärt: Das Zentrum sog zunächst den Arbeitsminister Brauns zurück. Es schien also, als ob es nur mit 2 Ministern in das Kabinett einziehen und die Ressorts des Verkehrs und der besetzten Gebiete belegen wolle. Dann aber plötzlich erklärte es, es könne auf ein politisches Ministerium nicht verzichten, und fügte hinzu, daß es als politisches Ministerium, das seinen Ansprüchen genüge, das Ministerium des Innern betrachte. Von einer Freigabe Severings konnte natürlich für die Sozialdemokratie keineswegs die Rede sein. Man bot den Unzufriedenen der Reihe nach nochmals die Lustig, ja selbst die Finanzen an. Die Antwort aber war kühl, keines von diesen Portefeuilles sei als politisch anzusehen.

Der Herr Reichspräsident erklärte, daß er für sich kein Bedürfnis für die Einrichtung des in der Verfassung und in der Geschäftsordnung der Reichsregierung nicht als regelmäßig vorgeesehenen Amtes eines Vizekanzlers anerkenne, im übrigen auch ablehnen müsse, in Ausübung seiner verfassungsmäßigen Rechte sich von einer Fraktion für die Zusammenfassung des Reichskabinetts verbindende Vorarbeiten machen zu lassen.

Der Abg. Müller-Franken teilte den Abg. Esser und Stegerwald den Inhalt seiner Unterredung mit dem Reichspräsidenten sofort mit. Der Abg. Stegerwald erwiderte dem Abg. Müller-Franken, daß die Zentrumspartei sich am heutigen Tage nicht mehr auf eine Schaffung des Amtes eines Vizekanzlers vertritt, sondern als zweite Lösung in Vorschlag gebracht habe, daß man dem Zentrum an Stelle eines der kleineren Ministerien ein politisches Ministerium, wie das Reichsinnenministerium überlassen möge. Der Abg. Müller-Franken erwiderte, daß seine Fraktion auf Herrn Severing als Innenminister nicht verzichten würde, dagegen habe ihm der Abg. Dillering persönlich erklärt, daß er bereit sei, auf die Übernahme des Reichsfinanzministeriums zu verzichten, wenn damit die Regierungsbildung gefördert werden könnte. Der Abg. Stegerwald bemerkte, daß er das Finanzministerium in diesem Sinne als politisches Ministerium nicht anerkennen vermöge.

Wir fragen uns vergebens, was das alles bedeuten soll. Fast müssen wir zu der Auffassung gelangen, daß es dem Zentrum darum zu tun gewesen ist, den Sozialdemokraten die Führung zu entwinden, um das Heft in die Hand zu bekommen. Wie läßt es sich sonst erklären, daß die Partei, die nach vor wenigen Monaten Herrn Wirth absetzten wollte, jetzt auf seine Berufung zum Vizekanzler bestand. Wie läßt es sich sonst erklären, daß sie in letzter Stunde plötzlich das Bedürfnis nach dem Ministerium des Innern empfindet, dessen Besetzung mit Severing überhaupt von niemandem im Zweifel gezogen worden war. Herr Wirth hat durch seine engeren Freunde auf seine politischen Verdienste und auf sein Ansehen im Ausland hinweisen lassen. Wir sind nach wie vor weit davon entfernt, die politischen Verdienste des Herrn Wirth verkleinern zu wollen. Aber war deshalb seine Ernennung zum Vizekanzler in diesem Augenblick eine unbedingte Notwendigkeit? Wir glauben, daß sein Ansehen im Ausland groß ist, aber er kann keine außenpolitischen Erfahrungen auch auf jedem Posten im Kabinett nutzbar machen und von jeder Stelle aus seine Ratsschlüsse erteilen. Schließlich ist die Stellung und das Ansehen der Regierung nicht davon abhängig, ob er eine nach außen besonders in die Augen fallende Position einnimmt. Abgesehen davon, daß allem Brauch gemäß der Vizekanzler doch nur bei Verhinderung des Reichskanzlers in Aktion tritt.

Nierzehn Tage lang hat die Deutsche Volkspartei unter Führung des Herrn Scholz und unter Duldung des Herrn Stresemann die Bildung einer Regierung sabotiert. Die Deutsche Volkspartei hat die Sabotage mit den ihr traditionellen Mitteln der Treulohigkeit, der Unnahbarkeit und der politischen Unehrlichkeit betrieben. Nebenbei mußte die volksparteiliche Presse der Öffentlichkeit den Schwindel vorzeigen, die Verhandlungsmethode Hermann Müllers sei falsch und habe alle die Schwierigkeiten und Hindernisse geschaffen, die sich der Regierungsbildung bisher in den Weg gestellt haben. Das geschah in der bewußten Absicht, das Ansehen der Sozialdemokratie und ihres parlamentarischen Führers zu schädigen und herabzusetzen. Als dann Herr Dr. Stresemann glaubte, daß das in hinreichendem Maße geschehen sei, präferierte er sich durch das Telegramm von der Südbühne als der Mann, der den rettenden Gedanken wieder einmal gehabt und ihn ausgesprochen hat. Darüber ist nun Herr Scholz sein Mitkonkurrent in der Deutschen Volkspartei, und der es in unbegreifbarem Ehrgeiz bestimmt mit Herrn Gustav Stresemann aufnehmen kann, in helle Wut geraten. Stresemann hat ihm wieder einmal den Rang abgelaufen. Und nun wollte Scholz demissionieren und hat in der volksparteilichen Fraktion schließlich die Annahme von Entschuldigungen durchgesetzt, die in der Sache Stresemann recht geben, aber für ihn nebenbei einen ziemlich derben Pfeffel enthielten. Nach dem Telegramm Stresemanns an Hermann Müller schien es jedoch, als ob nun endlich die Regierung auf die Beine gestellt werden könnte.

Die Zentrumspartei eine neue Krisenmacherin: das Zentrum hat einmal erklärt nun das Zentrum, daß die ihm angetrauten Ministerien ihm politisch nicht genügen und entweder will es den Posten eines Vizekanzlers oder den des Reichsinnenministeriums belegen. Und nun das Allerhöchste dabei: dasselbe Zentrum, das vor drei Monaten nur unter dem starken Druck der öffentlichen Meinung sich hat bereit finden lassen, Herrn Dr. Wirth wieder als Kandidaten aufzustellen, dasselbe Zentrum macht jetzt plötzlich seine Beteiligung an der Regierung mit davon abhängig, daß Herr Dr. Wirth eine einflussreiche politische Stellung im neuen Kabinett erhält. Das Zentrum hat gestern mit einem Schlage seine ganze politische Hinterhältigkeit geoffenbart. Nachdem Herrmann Müllers vollends zu zerfallen, so macht sich nun das Zentrum an die gleiche Arbeit und es läßt durch Wirth, die auch durchblicken, warum: Es will möglichst den Reichspräsidenten zwingen, die Kabinettsbildung wieder einem Zentrumsmann zu übertragen.

Was nun werden soll, weiß niemand. Mehrere Kombinationen sind theoretisch noch möglich, ob sie sich aber praktisch durchführen lassen, ist mehr als zweifelhaft.

Die Motive sind ungefähr die gleichen wie bei der Deutschen Volkspartei: man fürchtet die sozialdemokratische Führung, man fürchtet die Konsequenzen, die in neuerlicher und sozialpolitischer Beziehung sich aus ihr ergeben. Man will diese Konsequenzen nicht und sabotiert daher alle Bemühungen der Sozialdemokratie, eine von ihr geführte Regierung zustande zu bringen. Nachdem nun auch das Zentrum in der Krisenmacherei begonnen hat, sind wir erst recht der Meinung, daß, wenn irgend etwas aus sich öffnen soll, eine von ihm geführte Regierung durch Tatzachen gezeigt werden, daß es die bürgerlichen Parteien sind, die bis her die Bildung einer Regierung verhindert

Der Herr Reichspräsident erklärte, daß er für sich kein Bedürfnis für die Einrichtung des in der Verfassung und in der Geschäftsordnung der Reichsregierung nicht als regelmäßig vorgeesehenen Amtes eines Vizekanzlers anerkenne, im übrigen auch ablehnen müsse, in Ausübung seiner verfassungsmäßigen Rechte sich von einer Fraktion für die Zusammenfassung des Reichskabinetts verbindende Vorarbeiten machen zu lassen.

Der Abg. Müller-Franken teilte den Abg. Esser und Stegerwald den Inhalt seiner Unterredung mit dem Reichspräsidenten sofort mit. Der Abg. Stegerwald erwiderte dem Abg. Müller-Franken, daß die Zentrumspartei sich am heutigen Tage nicht mehr auf eine Schaffung des Amtes eines Vizekanzlers vertritt, sondern als zweite Lösung in Vorschlag gebracht habe, daß man dem Zentrum an Stelle eines der kleineren Ministerien ein politisches Ministerium, wie das Reichsinnenministerium überlassen möge. Der Abg. Müller-Franken erwiderte, daß seine Fraktion auf Herrn Severing als Innenminister nicht verzichten würde, dagegen habe ihm der Abg. Dillering persönlich erklärt, daß er bereit sei, auf die Übernahme des Reichsfinanzministeriums zu verzichten, wenn damit die Regierungsbildung gefördert werden könnte. Der Abg. Stegerwald bemerkte, daß er das Finanzministerium in diesem Sinne als politisches Ministerium nicht anerkennen vermöge.

Die Zentrumspartei eine neue Krisenmacherin: das Zentrum hat einmal erklärt nun das Zentrum, daß die ihm angetrauten Ministerien ihm politisch nicht genügen und entweder will es den Posten eines Vizekanzlers oder den des Reichsinnenministeriums belegen. Und nun das Allerhöchste dabei: dasselbe Zentrum, das vor drei Monaten nur unter dem starken Druck der öffentlichen Meinung sich hat bereit finden lassen, Herrn Dr. Wirth wieder als Kandidaten aufzustellen, dasselbe Zentrum macht jetzt plötzlich seine Beteiligung an der Regierung mit davon abhängig, daß Herr Dr. Wirth eine einflussreiche politische Stellung im neuen Kabinett erhält. Das Zentrum hat gestern mit einem Schlage seine ganze politische Hinterhältigkeit geoffenbart. Nachdem Herrmann Müllers vollends zu zerfallen, so macht sich nun das Zentrum an die gleiche Arbeit und es läßt durch Wirth, die auch durchblicken, warum: Es will möglichst den Reichspräsidenten zwingen, die Kabinettsbildung wieder einem Zentrumsmann zu übertragen.

Dem Parlamentarismus ist ein Schicksal zuzufügen worden.

Das Zentrum selbst wird nicht behaupten wollen, daß es seine eigene Stellung verbessert hat. Was aber schlimmer ist, es ist ein Konflikt zwischen zwei Parteien entstanden, die gemeinsam der Sache der Demokratie und der Republik große Dienste hätten erweisen können. Diesen Zwischenfall bedauern wir Sozialdemokraten auf das Allerheftigste. An eine sachliche Politik gewöhnt, werden wir stets bemüht bleiben, die entstandene Kluft nicht noch unnötig zu vergrößern. Die Verantwortung aber für diese höchst unerfreuliche Entwicklung der Dinge müssen wir ablehnen.

#### Wie das Zentrum seine Schiebungen und Krisenmacherei betreibt

Ueber die Verhandlungen zwischen Hermann Müller und dem Zentrum wird dem V.D.Z.-Bureau aus Zentrumskreisen folgende zusammenfassende Darstellung gegeben:

Am Anschlag an die Sitzung des Fraktionsvorstandes des Zentrums suchten die Abg. Stegerwald und Esser den Abg. Müller-Franken auf und teilten ihm mit, daß durch den Widerstand gegen die Vizekanzlerschaft Dr. Wirths für das Zentrum eine völlig neue Lage entstanden sei. Das Zentrum sei trotz mancher Bedenken ursprünglich bereit gewesen, in der Regierung das Arbeitsministerium wieder zu übernehmen, aber nur unter der Voraussetzung, daß es zugleich mit der Vizekanzlerschaft auch eine starke politische Stellung im Kabinett erhalte. Da diese Voraussetzung wegfiel, müsse es die Übernahme des Arbeitsministeriums in der Regierung ablehnen. Es wolle aber an der Vizekanzlerschaft das Zustandekommen der Regierung nicht scheitern lassen. Das Zentrum werde daher für die Folge keinerlei Beschlüsse mehr fassen. Aufgabe des Abg. Müller-Franken werde es sein, zu entscheiden, welche Ministerien er dem Zentrum überlassen wolle. Der Abg. Müller-Franken hat darauf die Abg. v. Guérard und Dr. Wirth gefragt, ob sie zur Übernahme eines Ministeriums in der Regierung bereit seien. Beide haben diese Frage grundsätzlich bejaht. Der Abg. v. Guérard hat sich auf die weitere Frage, ob er das Verkehrsministerium

übernehmen wolle, dazu bereit erklärt. Dagegen hat Dr. Wirth, dem der Abg. Müller-Branden das Ministerium für die besetzten Gebiete anbot, erklärt, daß er seine Zusage danach abhängig machen müsse, daß dem Zentrum entweder die Lizenzkanzlerschaft oder ein anderes politisches Ministerium ausgestellt werde.

Von welchen bisher verdeckt gehaltenen Absichten das Zentrum bei seinen nunmehr einsetzenden parlamentarischen Schiebungen geleitet wird, geht auch aus dieser privaten (aber offenbar aus Zentrumskreisen) stammenden Notiz des Wolffschen Telegraphen-Bureaus hervor:

Im Reichstag betrachtet man die Veruche Hermann Müllers, ein Kabinett der großen Koalition ohne fraktionsmäßige Bindung zu bilden, nunmehr zunächst als gescheitert. Ueber die weiteren Absichten Hermann Müllers verlautet nichts; es herrscht aber die Auffassung vor, daß er morgen (Donnerstag) dem Reichspräsidenten seinen Auftrag zurückgeben wird. Diese Auffassung ergibt sich daraus, daß das Zentrum auch den Posten des Finanzministers als nicht ausreichend ablehnte, den die Sozialdemokraten ihm als letzte Konzession anboten hatten. Ob der Reichspräsident, wenn Hermann Müller seinen Auftrag zurückgibt, seinen Beauftragten der Aufgabe entbinden wird, ist nicht bekannt. Sollte dies der Fall sein, so rechnet man in parlamentarischen Kreisen mit der

Beauftragung eines Zentrumsmannes.

Es wird aber auch der Gedanke erörtert, daß Hermann Müller seine Bemühungen fortsetzen könnte, ein Kabinett ohne das Zentrum zu bilden, mit der Beteiligung der bisher dem Zentrum zugehörigen Ministerien auf die übrigen Parteien. Gegen einen solchen Schlag bestehen in den Kreisen der Deutschen Volkspartei erhebliche Bedenken und auch Hermann Müller hat seine Abneigung gegen ein Kabinett ohne das Zentrum zum Ausdruck gebracht. Wie die Lage sich nun weiter entwickelt, hängt von der Unterredung ab, die Hermann Müller morgen mit dem Reichspräsidenten haben wird. Man nimmt an, daß die Initiative nunmehr beim Herrn Reichspräsidenten liegt. In später Abendstunde haben sich übrigens überraschend die Abgeordneten Stegerwald und Esser vom Zentrum erneut zu Hermann Müller begeben. Ueber die Unterredung ist im Augenblick noch nichts Näheres bekannt. Es wird in diesem Zusammenhang aber auch von der Möglichkeit gesprochen, die Frage der Weimarer Koalition, die noch nicht als endgültig erledigt gilt, noch einmal zu prüfen.

Krach innerhalb der Deutschen Volkspartei

Stresemann kontra Scholz

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei besaß sich am Mittwoch in einer fünfständigen Sitzung mit der politischen Lage, ihre Entwicklung in den letzten Tagen und insbesondere mit den Ursachen dieser Entwicklung. Das Telegramm des Reichsaussenministers an Hermann Müller stand im Mittelpunkt der Erörterungen. Stresemann hat dieses Telegramm ohne vorherige Verständigung mit der Leitung seiner Fraktion abgelehnt. Er stellte seine Parteifreunde gewissermaßen vor vollendete Tatsachen. Warum, dürfte er selbst am besten wissen. Scholz, der Führer der volksparteilichen Reichstagsfraktion, tat empört. Er drohte mit seinem Rücktritt und soll in der gestrigen Fraktionsstimmung von einer hinterhältigen Politik gewisser Persönlichkeiten gesprochen haben. Anfanglich verfuhr man ihn vergeblich zu beruhigen, bis er sich mit der Annahme folgender Entschliebung zufrieden gab:

Die Fraktion dankt ihrem Vorsitzenden und Führer auf das wärmste für seine nun fast fünf Jahre währende unermüdete opferwillige und erfolgreiche Arbeit im Dienste der Fraktion, Partei und Vaterland. Insbesondere auch für die selbstbewusste Führung der Verbündungen zur Regierungsbildung in den letzten Wochen und spricht ihm ihr uneingeschränktes Vertrauen aus.

Die Annahme dieser sonderbaren Entschliebung erfolgte in geheimer Abstimmung einstimmig. An der Tatsache, daß Scholz in der offiziellen Leitung der Volkspartei keinen oder nur noch wenige Anhänger hat, ändert diese Einstimmigkeit nichts. Man kennt auch dort seine Pappenheimer, sonst hätte Herr Stresemann nicht umsonst aus freien Stücken heraus seine Teilnahme an einer Regierung Müllers angedeutet. Seine Handlungsweise geht offensichtlich auf eine Desavouierung der volksparteilichen Reichstagsfraktion hinaus. Die es anging, haben das begriffen.

Was blieb Herrn Scholz und seinen Freunden anderes übrig, als sich mit den bestehenden Tatsachen abzufinden. Sie haben es getan, aber gleichzeitig ihren Schmerz über das Vorgehen Stresemanns in folgender Entschliebung Ausdruck gegeben:

Die Fraktion stellt fest, daß die richtige Leitung der Partei und der Fraktion eine ständige enge Fühlung aller an den politischen Entscheidungen Beteiligten untereinander und mit den Fraktionsführern vorseht, und erwartet daher, daß dementsprechend von allen Fraktionsmitgliedern verfahren wird.

Es handelt sich hier um einen Verstoß der volksparteilichen Reichstagsfraktion, nach außen hin das Gesicht zu wahren. Aber in dem gleichen Augenblick, in dem Scholz und seine Freunde den Reichsaussenminister Dr. Stresemann gewissermaßen zu fesseln versuchten, gewinnen sie „Bedeutung“ durch die Annahme folgender Entschliebung:

Die Fraktion will, um das Zustandekommen der Regierung nicht überzogen zu verzögern, gegen eine Beteiligung ihrer beiden bisherigen Minister an einer nichtfraktionsmäßig gebundenen Regierung keine Aussetzungen erheben. Sie stellt jedoch ausdrücklich fest, daß ihre Haltung zu etwaigen Vertrauens- und Minderungsverträgen durch die Regierungserklärung abhängig sein wird.

Der Hinweis, daß die Volkspartei in keiner Weise an ein Kabinett, in dem Curtius und Stresemann sitzen, gebunden ist, können wir nur als eine lächerliche Redensart betrachten. Wir warten ab.

Der Krach innerhalb der Deutschen Volkspartei der vor allem durch die gegenseitigen Invidien der Herren Dr. Stresemann und Dr. Scholz neuerdings wieder ausgebrochen ist, wird in der volksparteilichen Badischen Presse u. a. wie folgt beurteilt:

Wenn Worte einen Sinn haben, dann bedeutet diese Entschliebung einen Krach, der sich gegen alle Beteiligten richtet, die es in diesem Falle angeblich verümt haben, die Verbindung mit Dr. Scholz aufrecht zu erhalten. Das wäre also nicht nur der Leiter der Geschäftsstelle, der Abgeordnete Kempfer, sondern auch der Wirtschaftsminister Curtius und Reichsaussenminister Dr. Stresemann. Das bedeutet aber weiter die Zustimmung, daß der Parteiführer und Außenminister in seiner Eigenschaft als Fraktionsmitglied gewissermaßen dem Fraktionsvorsitzenden unterstellt wird. Eine solche Konstellation scheint uns untragbar, gerade weil Dr. Stresemann ja nicht als Abgeordneter, sondern als Minister und Parteiführer sein Telegramm an Herrn Müller geschickt hat und den Versuch, seine Bewegungsfreiheit in dieser Weise einzusparen, mit Recht ablehnen muß.

Die Forderung des vertrauensvollen Zusammenarbeitens zwischen den Führern einer Partei ist eine Selbstverständlichkeit. Daraus aber einen Fraktionszwang zu machen, der den Ministern in ihrer Abgeordneteigentümlichkeit untragbare Bindungen auferlegt, ist eine Unmöglichkeit. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei wäre also besser beraten gewesen, wenn sie auf die Entschliebung verzichtet und vor allem die Veröffentlichung verhindert hätte, die über das Vertrauensverhältnis in der Partei und in der Fraktion ganz falsche Vorstellungen erwecken muß.

Danziger Verfassungsreform gescheitert

Danzig, 27. Juni (Sig. Draht). Die seit Monaten im Mittelpunkt des politischen Lebens des Freistaates stehende Reform der Verfassung ist in der am Mittwoch erfolgten Endabstimmung gescheitert. Die Verfassungsänderung sah die Parlamentarisierung und Verkleinerung des Senats vor, der bisher aus 22 Senatoren bestand, von denen 8 als Beamte auf 4 Jahre gewählt wurden. Die Zahl sollte jetzt auf 12 herabgesetzt werden. Alle sollten parlamentarisch verantwortlich sein. Außerdem sollte der Volkstag aus 120 auf 72 Abgeordnete herabgesetzt werden. Weiter umfaßte das Reformwerk die Beteiligung des sich reaktionär auswirkenden Richterwahlausschusses.

Alle diese für das innen- und außenpolitische Verhältnis der freien Stadt Danzig bedeutungsvollen Verbesserungen sind zu Fall gekommen, da die ausschlaggebenden 7 kommunistischen Abgeordneten sich der Stimme enthielten und so laut der erforderlichen Zweidrittelmehrheit mit 80 Stimmen für die Vorlage nur 71 Stimmen abgegeben wurden. Für die Verfassungsänderung stimmten außer den Regierungsparteien (Sozialdemokraten, Zentrum und Liberale) noch die Hausbesitzerpartei und die Polen. Die Deutschen nationalen, die die Schaffung einer zweiten Kammer beantragt hatten, enthielten sich der Stimme. Um ihre so verhängnisvolle Dummheit zu veranschaulichen, stellen die Kommunisten nach der Abstimmung einen Antrag auf sofortige Auflösung des Volkstages, während sie vorher die Auflösungsmaßnahme verbündet hatten.

Abänderung des Wahlgesetzes in Mecklenburg-Schwerin

Schwerin, 27. Juni. In der heutigen Sitzung des Mecklenburg-Schwerinischen Landtages wurde der Gesetzentwurf zur Abänderung des Landtagswahlgesetzes, der die vom Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich als verfassungswidrig bezeichneten mecklenburgischen Wahlbestimmungen beseitigt, mit den Stimmen fast aller Abgeordneten in erster und zweiter Lesung angenommen. Es handelt sich bei diesem Gesetz um die Aufhebung der Wahlbeschränkungen für kleinere Parteien durch Hinterlegung von Kauttionen und Leistung von 3000 Unterschriften vor Zulassung eines Wahlvorschlages. Die dritte Lesung des Gesetzentwurfes mußte vertagt werden, da von kommunikativer Seite gegen die sofortige Behandlung Widerspruch erhoben wurde.

Kabinett Pilsudski zurückgetreten

Warschau, 27. Juni. Heute nachmittags 13.30 Uhr hat Ministerpräsident Marschall Pilsudski dem Präsidenten der Republik das Rücktrittsgesuch des gesamten Kabinetts überreicht.

Der Präsident der Republik hat die Demission angenommen und den bisherigen stellvertretenden Ministerpräsidenten Prof. Dr. Cajmir Bartels zum Ministerpräsidenten ernannt.

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten Bartels hat der Präsident der Republik als Minister des neuen Kabinetts die Minister des vorigen Kabinetts mit zwei Ausnahmen ernannt. Anstelle des bisherigen Unterrichtsministers Dobrudi wurde zum Unterrichtsminister der bisherige Direktor des politischen Departements des Innenministeriums Cajmir Swiatkiski und anstelle des bisherigen Verkehrsministers Ramodzi der Ingenieur Alfred Pilsudski zum Verkehrsminister ernannt. Marschall Pilsudski übernimmt im neuen Kabinett das Kriegsministerium.

Kupprecht als Reklameredner

Er feiert die Erinnerung an sein Haus

Aus München wird uns geschrieben:

Im Verlaufe der vielen weiß-blauen Tage, die in den letzten Jahren mit wenig Ausnahmen in Südbayern abgehalten wurden und die im wesentlichen nur der monarchistischen Propaganda dienen, hat sich der Extremwings Kupprecht meist zurückgehalten. Angesichts des antimonarchistischen Volksentzuges am 20. Mai hat ihn jetzt aber offenbar die rubine Meberzeugung verlassen. Für den letzten Sonntag ließ er durch den Heimat- und Königsbund einen monarchistischen Tag in dem durch das Scheffeltal bestimmten Städtchen Staffelsee in Oberfranken organisieren und veranfaßte dafür eine ungewöhnliche, rein auf sein Privatinteresse abzielende Rede. Bei der Feier im Rathhaus las er u. a. folgende Sätze von einem Manuskript ab:

„In der zahlreichen Beteiligung an der heutigen Tagung erlaube ich nicht nur ein Zeichen treuer Anhänglichkeit an mein Haus, sondern auch einen Beweis dafür, daß die Erinnerung an ein weiterlebtes und gerechtes und präjames Regierung der vormaligen Zeit, die das dauernde Wohl des Volkes im Auge hatte, während ich im Streben nach reichem Erwerb nur allzu oft vergaßen wird, die Wirklichkeit auf sichere Grundlagen zu stellen. In der Königszeit hatte das bayerische Volk mehr Einfluß auf seine Geschicke als heute. Es konnte sie selbst bestimmen, während sie ihm jetzt diktiert werden, von wechselnden Mächten, während sich der eigenen Landesgrenze und Grenzen im Reich nicht einmal so viel zu sagen hat und weniger Recht besitzt, wie das kleine Land Bavaroberg im benachbarten österreichischen Staate.“

Um die richtige monarchistische Stimmung zu schaffen, hatte der Königsbund ganze Kolonnen seiner südbayerischen Gliederungen nach Staffelsee transportiert, daß das Speisepfandarium und der Anstaltismus wahre Triumphfeiern aufweisen konnte. Infolge der bekannten Bureaucratie des bayerischen Innenministeriums hatte sich denn auch die Grenzpolizei und die Wäuff des Reichswehrereitersregiments aus Bamberg beteiligt, 50 Mann von den Landespolizisten und viele Gendarmen wurden dazu verwendet, von früh 7 Uhr bis nachmittags 3 Uhr den Durchgangsverkehr für Fahrzeuge aller Art durch Staffelsee zu sperren. Im Mittelpunkt der Veranstaltung, die einen demütig verfassungswidrigen feierlichen Charakter trug, stand ein feierlicher Gottesdienst, dem der Bamberger Erzbischof hielt und der mit dem hochwürdigsten Segen für den König schloß.

Deutscher in Kabul verhaftet

In Kabul wurde ein deutscher Major, der einen Zusammenstoß mit einem afghanischen Offizier während einer Übung beobachtet hatte, verhaftet. Die Angelegenheit, die schon längere Zeit zurücklag, hat jedoch, wie WTB meldet, keine besondere Bedeutung.

Sappho

Pariser Sittenbild von Alphonse Daudet

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Einmal Bettomas brachten ihn etwas in Reue, und der Zeichner hatte stets auf seinem Tische, um den die kleine Witwe, von den Rompaffen und Zeichenstiften angeleitet, herumstrich, eine Hundepetische in Armweite liegen, mit der er ihm um die Beine knallte. Aber weder Johannes, noch Janny hätten derartige Drohungen anwenden können, obgleich sich der Kleine ihnen gegenüber so verschlossen und mißtrauisch zeigte, so unzuverlässig selbst für die zärtlichsten Schmeicheleien, als ob „Mennine“ ihn herbend aller zärtlichen Dingen berouidi hätte. Janny gelang es noch, „weil sie so gut roch“, ihn einen Augenblick auf dem Schoße zu behalten, während er Gaussin gegenüber, der ihm doch immer viel Nachsicht besaß, stets das wilde Tier wie bei der Ankunft blieb, mit seinem Biid und ausgebreiteten Krallen.

Diese unüberwindliche und fast instinktive Abneigung des Kindes, die eigentümliche Bosheit in seinen kleinen, blauen Augen mit den weißlichen Wimpern, und vor allem die blinde, läche Zärtlichkeit Jannys für diesen plötzlich hineingezeichneten Fremdling, quälten ihren Liebhaber mit neuem Argwohn. Es war vielleicht ihr eigenes, bei der Amme oder ihrer Stiefmutter erzogenes Kind, und als er von Mathaumes zu jener Zeit erfolgtem Tode hörte, schien dieses Zusammentreffen keine Qualen zu rechtfertigen. Wenn er nachts die kleine in die seine geschlungene Hand hielt — denn das Kind glaubte sie im Dunkel des Schlafens und Träumens immer noch Mathaume zu reichen — frante er ihn bisweilen in seiner inneren unheimlichen Aufregung: „Woher kommt Du? Wer bist Du?“ immer in der Hoffnung, das Geheimnis seiner Geburt zu erründen.

Aber seine Unruhe leste sich nach einer Bemerkung von Papa Legrand, der um eine Unterfützung für den Grabhügel der Verstorbenen bat und, als er Josephs Wiege erblickte, seiner Tochter zurief:

„Herriek ein Jengel! ... Na, da bist Du wohl zufrieden! ... So was konntest Du ja niemals fertig kriegen.“

Gaussin war so glücklich, daß er den Grabhügel besaßte ohne nach der Rechnung zu fragen, und Papa Legrand zum Frühstück dabeblieb.

Dieser war jetzt bei der Paris-Verlaiser Pferdebahn angestellt, infolge seines starken Weinausses war zu Schlaganfällen neigend, aber immer fidel und vergnügt unter seinem Gummi-Lederhut, den er den Umständen angemessen mit einer breiten Krempe versehen hatte, die ihm ein richtiges Weidenbitternlehen verlieh. Enttäuscht von dem Empfang des Herrn seiner Tochter, kam er von Zeit zu Zeit wieder und ob einem Teller Suppe bei ihnen. Sein weißes Polshinellhaar in dem slatten, aufwendunenen Gesicht, sein maieftätisches Säuerdenehmen, die Achtung, welche er seiner Keitliche besaßte, wenn er sie mit der Sorgfalt einer Amme in einer Gede unterbrachte, machte einen großen Eindruck auf das Kind, und sie beide wurden bald gute Freunde. Eines Tages übertrahen sie Bettomas, als sie alle zusammen gerade mit essen fertig waren:

„O! Verzeihung, Sie sind in Familie! ... Schmollte Frau Bettoma, und dies Wort war für Johannes ein Schlag ins Gesicht, so demütigend wie eine Ohrfeige.“

Seine Familie! ... Dies aufgekessene Kind, das den Kopf auf den Tisch gelegt, ihmarchte, dieser alte Landkrieger, mit der Welle im Mundwinkel und der ordinäre Stimme, die zum hundertsten Male auseinanderlegte, daß er mit zwei Sou Schmitte ein halbes Jahr reiche und seit zwanzig Jahren immer noch denselben Stiel habe! ... Seine Familie, zum Teufel auch! ... Gerade so gut, wie sie seine Frau war, diese reaktiere, erschöpfte Janny Legrand, die sich, in Zigarettenqualem eingehüllt, träge auf ihren Ellenbogen stützte. ... Binnen Jahresfrist würde alles dies aus seinem Leben verschwinden in den wechselnden Bekanntschaften auf der Reise und an der Table d'hot.

Über so anderen Zeiten ließ dieser Gedanke an die Abreise, die er als Entschuldigun für seine Schwäche anrief, wenn er sich finden und in den Schmutz gesosen fühlte, ließ dieser Gedanke, anstatt ihn zu beruhigen und erleichtern, ihn erst recht die mannigfachen Bande gewahren, mit denen er gefesselt war, und zeigte ihm, wie ein Kik die Abreise sein würde, nicht ein Buch, nein! zehn, und wie schwer es ihm sein würde, diese kleine Kinderhand fahrten zu lassen, die sich nachts in die seine legte. Bis herab zu La Balue, das man ihr stets wechseln mußte, und worin sie den Rücken krümmte wie der alte Kardinal in seinem eisernen Gefängnis, ja, selbst La Balue hatte ein Plätschen in seinem Herzen erobert ... und wie hart würde es ihm ankommen, sie daraus zu verbannen.

Und doch nachte sie, die unabwehrbare Trennung; und der alsnswolle Juni-Monat, in dem die Natur ihr Festkleid anleat, würde wahrscheinlich der letzte sein, den sie zusammen verlebten.

Was es das, was Janny so nervös und reizbar machte, oder der mit welcher erwachtem Eifer aufgenommenen Unterricht Jolands — zum höchsten Verdruss des kleinen Bretonen, der stundenlang vor seinen Buchstaben saß, ohne sie anzusehen oder auszusprechen, den Kopf le verschloffen wie die mit einem Querschnitten verarmelten eines Gutshofes? Täglich erbeute sich dieser Frauencharakter in Gemaltigsteiten und Tränen, in sich stets wiederholenden Sätzen, obwohl Gaussin sich zur Nachgiebigkeit swang; aber sie war so wild fallend, in ihrem Zorn prägte sich ein derartiger Groll und Mißfallen über die Suend ihres Geliebten aus, über seine Erziehung, seine Familie, die Kluff, welche das Leben zwischen ihnen beben ließ, so viel zu sagen hat und weniger Recht besitzt, wie das kleine Land Bavaroberg im benachbarten österreichischen Staate.

Die Physiognomien der Bettomas, der Zeugen solcher Streitereien, die fast regelmäßig bei Tisch ausbrachen, wenn man sich eben gelest hatte und im Begriff war, die Suppenschüssel aufzubeden oder den Braten zu zerlegen, waren zum malen. Ueber den gebendeten Tisch hinweg warfen sie sich komisch-erschredete Blicke zu. Ram es noch zum essen oder Hog die Hummelteufe samt der Schüssel, der Sauce und den gedämpften Äpfeln in den Garten?

„Vor allem keinen Jan!“ ... sagten sie, wenn sie ein Zusammenmenkommen verabredeten; und nur unter dieser Voraussetzung akzeptierten sie auch das Anerbieten, im Walde zusammen zu frühstücken, das ihnen Janny eines Sonntags über den Jaun hinweg machte. ... O, nein! heute würden sie sich gewiß nicht anken, es war ja so schönes Wetter! ... Und sie eilte, das Kind auszustehen und die Körbe zu füllen.

Alles war bereit, man brach auf, da drachte der Briefträger einen Gelbbrief, dessen Abfertigung Gaussin aurrückte. Beim Eingange zum Walde holte er die Gesellschaft ein und sagte ganz leise zu Janny:

„Vom Onkel! ... Er ist entüdt! ... Eine herrliche Ernte, wenn der Stad verkauft! ... Er schickt die achtundneunzig Franks von De Gelele zurück mit vielen Grüßen und Dant für seine Richte.“ (S. 1.)

### Die neue Lage im Elsass

Paris, 26. Juni.

Wenn man jetzt in den Kreisen, die der Regierung nahe stehen, immer ernstlicher die Möglichkeit eines Rücktritts des heutigen Kabinetts erwägt, so geschieht das nicht nur deshalb, weil ja die eigentliche Aufgabe dieser Regierung, die Frankensabilisierung, nunmehr erfüllt ist, sondern auch, weil die Politik von Poincaré in Elsass ganz offensichtlich fehlerhaft ist. In seiner französischen Partei ist ein Zweifel darüber, daß in Frankreichs östlichem Departement die Lage viel verworrener ist als vor zwei Jahren, zu Beginn der Regierungsübernahme Poincarés. Auch die kürzliche Ernennung des Abgeordneten Oberkirch zum Staatssekretär hat keine Ausbesserung zwischen der großen katholischen „Elsässischen Volkspartei“ und den Pariser Kreisen gebracht. Das liegt daran — und dies wird in Paris so gern verkannt —, daß die „Elsässische Volkspartei“ gar nicht mehr die einheitlich übertragene Stellung im Elsass hat, die sie noch vor neun Jahren besaß. Bei den Wahlen des Jahres 1919 erhielt sie so viel Stimmen, wie es aus den drei Departements Oberelb, Niederelb und Mittel elb nur Abgeordnete aus dieser Partei in der Kammer gab. Allerdings waren unter ihnen damals schon zwei, die dem Pariser Patriotismus vorzüglicher geneigter standen: Wetterlé und Bellor. Noch bei den Wahlen des Jahres 1924 erhielt die „Elsässische Volkspartei“ alle Sitze, außer im Departement Niederelb, wo sechs katholische Abgeordnete in der Kammer saßen, zwei Sozialisten (Petrot und Georges Weil) und einen Kommunisten (Guerre). Seit 1924 wurde dann der autonome Einfluss in der von dem Abgeordneten Michel Walter geleiteten „Elsässischen Volkspartei“ immer stärker. 1926 kam die „Zukunft“ auf, dann im Jahre des 820 000 Franken-Darlehens des Schweizer Rechtsanwalts (der Freund von Hitler) die Tageszeitung „Volkstimme“ und schließlich die „Wahrheit“ (Parole: „Sinnas mit den Franken“) und die „Zukunft“, später „Das neue Elsass“ als Organ der autonomen Radikalen, Zeitungen, die heute alle nicht mehr erscheinen dürfen. Als der Straßburger Erzbischof Koch das Verbot der „Zukunft“ verbot, setzte von Seiten der Presse des Abbes Saeggen „Der Elsäßer“, „Elsässer Kurier“, Zeitungen der „Elsässischen Volkspartei“ ein Heftchen gegen den Erzbischof ein. Er antwortete dem „Elsässer Kurier“ eine Verurteilung unter Berufung auf das Pressegesetz, und doch wurde diese niemals veröffentlicht. Behandeln die mich so, weil ich Erzbischof oder weil ich Franzose bin? schrieb damals Koch an Saeggen.

Seute sind in der Kammer aus den drei Departements vier autonome Autonomien: Dabiet (antifranzösisch), Kollé, Ridlin und Brody (heral), sechs heralische Halbautonomien: Sels, Red, Walter, Brom, Bilger und Zabach, zwei Sozialisten: Peirolles und Grumbach, sowie drei Kommunisten: Mourer, Beton und Dabé. Das bedeutet eine immer härtere Abkehr der „Elsässischen Volkspartei“ vom Pariser Patriotismus. Aber gerade diese Abkehr wirkt immer stärker die Frage auf, wie tatsächlich das Elsass eine besondere Stellung in Frankreich einnehmen soll, oder ob gar der ganze französische Zentralismus in der elssässischen Frage eine Neuordnung bedarf. Man ist natürlich der Ansicht, daß man in der französischen Verfassung nicht dem Elsass einen besonderen Platz einräumen könne, weil dies bedeuten würde, daß die französische Verfassung schlecht sei, daß sie alle andern Franzosen gerade gut genug sei, daß jedoch die Elssässer eines besseren wert sind. Außerdem wäre das die Bildung einer nationalen Minderheit, also eine zweite Ratifikation des Frankfurter Friedens von 1871.

Die verschiedenen Ansichten die Entsendung eines Statthalters (Protokoll) vor. Die Autonomisten würden damit einverstanden sein. Aber dann würde man wieder die französischen Patrioten damit beleidigen. Am wichtigsten im Elsass ist die Lösung der religiösen Frage. 1919 wäre es möglich gewesen, im Siegestaumel die französische Laiengemeinschaft auch im Elsass einzuführen. 1924 hätte nicht Herriot dieses Verbot ohne Rücksicht auf den inzwischen angewachsenen Widerstand der elssässischen Katholiken noch nachholen können. Aber deutliche Hoffen bereits im Gegenteil viele Katholiken, das Elsass werde die Vorstufe zu der Wiederherstellung des Elsass der Zeiten der Kaiserzeit in ganz Frankreich sein. Es wird nicht auf die Dauer angehen, hier ein elssässisches Frankreich zu haben und dort ein katholisches Elsass, und beide nebeneinander im schlechtesten Einvernehmen. Zweifellos ist Poincaré zwar sehr auf intransigente, am 26. August in Saint-Denis in den Vogesen wieder ein Totendental mit einer großen Rede einzuschreiben (und immer noch nicht das letzte), aber er ist nicht der Mann, der die latente Krise im Elsass beileiten wird.

### Der Stand der Arbeitslosigkeit

Bei den Frauen Zunahme

In der Arbeitslosenversicherung ist in der Zeit vom 1. bis 15. Juni 1928 die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger um 18 000 oder um 4 Prozent gesunken, während bei den Frauen wieder eine Zunahme um 11 600 oder um 7,5 Prozent zu verzeichnen ist. Insgesamt ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger von rund 629 500 auf rund 622 200 d. h. um 7300 oder um 1,2 Prozent zurückgegangen. — In der Krisenunterstützung hat sich in der gleichen Zeit die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen weiter abgenommen. Es sank von insgesamt 132 500 auf 125 500 oder 5,2 Prozent. Die Zahl der Hilfsarbeiter hat sich in der Periode vom 1. bis 15. Juni um 10 Prozent vermindert. Sie betrug am 15. Juni rund 83 700. In der gleichen Zeit hatten vorher Arbeitslosenunterstützung 65 400, Krisenunterstützung 18 800 erhalten.

### Ein Bild aus Pommern

In einer pommerschen Zeitung fand man vor einigen Tagen nachfolgende Notiz, die einer breiteren Öffentlichkeit zu übergeben verdient:

**Armen.** Angeblicher Leichenfund. In der Stadt verdrängte das Gerücht, im nahe gelegenen Jartzenhain sei eine weiße Leiche im Gebüsch gefunden worden. Als der Sache nachgegangen wurde, fand man eine Schmittlerin, die dort ihre Niederlegung gehalten hatte. Die vällige Erbschöpfe wurde ins Demminer Krankenhaus gebracht, wo sie bald nach der Entlieferung verstarb. Nach dem neugeborenen Kinde sucht man noch.

Der Leiter des Hauses sah diese Nachricht und fand kaum etwas Interessantes dabei. Und doch erfahren wir aus ihr wieder einmal etwas vom Elend, dem die Schmittlerinnen im Junkerparadies angesetzt sind. Selbst der gebärenden Mutter, das junge, neue Leben findet da, wo das Großgütergut herrscht, keine Hilfe. Die schicksalhafte wird auf die Straße getrieben und muß ort umkommen. Es ist Zeit, daß diese Zustände beseitigt werden!

### Gewerkschaftlich-industrielle Besprechungen in England

London, 27. Juni. (Via. Bericht.) Dem Generalrat der britischen Gewerkschaften lag die von den Vertretern der Gewerkschaften und Vertretern der Industriellen, der sogenannten Mondgruppe gemeinsam ausgearbeiteten Vorläufe zu einem weiteren Ausbau der gemeinsamen Besprechungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Beratung vor. Die Vorläufe lauten:

1. Die Errichtung eines ständigen Landesindustriarates, der ausschließlich aus Vertretern der Unternehmer und Arbeiter zusammengesetzt sein soll. Anstelle der bisherigen Mondgruppe, die nur einen Teil der britischen Industrie umfaßt, soll in Zukunft auf alle Industriezweige der Landesverband der britischen Unternehmer ausgedehnt werden.
2. Die Schaffung eines paritätischen Ausschusses, dessen Aufgabe sein soll, industrielle Meinungsverschiedenheiten zu prüfen, wenn sie in das Stadium des Streiks oder der Aussperrung getreten sind und an ihrer Beilegung mitzuwirken. Das Ausschussamt soll fernerlei obligatorischen Charakter besitzen.

Der Generalrat nahm die Vorläufe mit 18 gegen 4 Stimmen an. Eine von Vids eingebrachte und von dem Beirat der Arbeiter unterstützte Resolution, die eine Beendigung der gemeinsamen Besprechungen mit den Unternehmern forderte, wurden mit 15 gegen 6 Stimmen abgelehnt.

## Kenzler packt aus

Lüge und Schwindel als Hauptinhalt der KPD-Politik — Quietschvergnühtes Draufloswurfeln der Arbeiterzeitung — Der Arbeiterzeitung ist das Urteil zu mild

Der frühere kommunistische Reichstagsabgeordnete und Redakteur der Arbeiterzeitung, Georg Kenzler, sendet unserm Mannheimer Parteiblatt folgenden Brief, der eine treffende Charakterisierung der kommunistischen Methoden bildet:

In einem Artikel „Fälschungen der Arbeiterzeitung“ beschaffte sich die Arbeiterzeitung, Organ der KPD, Baden, in der Nummer 144 in gebührender Weise mit meiner Person. Die Grundlage dazu bildete meine Haltung und Aussagen vor dem Schwurgericht am 12. d. M., wo ich mich wegen mehrerer Pressevergehen zu verantworten hatte. Die im genannten Artikel enthaltene Verleumdung und Beleidigung stören mich nicht besonders, da ich sehr gut weiß, daß dieses

neben Lügen und Schwindel den Hauptinhalt der KPD-Politik bildet, innerhalb und außerhalb ihrer Organisation. Bedächtig wegen der im Artikel enthaltenen Entstellungen und Verdrehungen von Tatsachen lese ich mich auszunutzen, nachfolgendes der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Zunächst zu den sogenannten Ketzler-Briefen:

Es ist und bleibt eine Tatsache, daß eine Zeit nach der Veröffentlichung der Briefe sowohl das Zentralkomitee der KPD, Berlin, als auch die Bezirksleitung von Baden amütiert haben, daß die genannten Briefe gefälscht waren. Ich habe nicht behauptet, daß zur Zeit der Veröffentlichung die Bezirksleitung von Baden Kenntnis von den Fälschungen hatte.

Es ist und bleibt Tatsache, daß das Zentralkomitee der KPD, Berlin, mich von einem Monat zum anderen vertriebt, als ich wiederholt auf die Herausgabe von lügenhaften Beweismaterial dränge. Die vom Komitee erhaltene Zusage, daß der Karlsruher Beamte, von dem angeblich die Briefe stammen sollten, durch das Zentralkomitee eine gesicherte Existenz erhalte, damit er unter Eid die Echtheit der Briefe erkläre, war eine bewährte Lüge, um mich zu beruhigen.

Es ist und bleibt Tatsache, daß schon wenige Wochen nach der Veröffentlichung die Mannheimer politische Polizei Kenntnis von den Vorgängen der Briefanfänger hatte. Ein „Genosse“ in hoher Parteistellung in Berlin war „Vierstern“ von inständigem Parteimaterial.

Es ist und bleibt Tatsache, daß der frühere Redakteur der Arbeiterzeitung und jetzige Parteiangestellter Paul Schulz vor dem Richter ansagte, daß er schon viele Wochen vor der Veröffentlichung Kenntnis von dem Briefen erhielt, als er zu einer Parteibesprechung in Berlin war. Auch hier hat man mich bewußt belogen, denn der Parteiangestellte beim Zentralkomitee der KPD, der mir die Briefe wenige Tage vor deren Veröffentlichung übergab, erklärte mir, außer ihm und mir wüßte niemand von der Sache.

Es ist und bleibt Tatsache, daß ich dem Zentralkomitee auf den Kopf zusagte, daß die Briefe gefälscht seien.

Ich verlange von ihm eine Verichtigung und Widerrufung der Sache. Aus politischen Gründen lehnte man meinen Antrag ab.

Es ist und bleibt Tatsache, daß ich die letztere Angelegenheit zum Beratungsgegenstand einer Sitzung der badischen KPD-Vertreter machte. Auch die Redakteure waren zugegen.

Jeder der Anwesenden war überzeugt von den Brieffälschungen.

Ein Teil der Bezirksleitungsmitglieder sprach sich für eine Verichtigung und Widerrufung aus. Und dennoch: dieses unterließ; das Zentralkomitee hatte es so gewünscht.

So viel zu dieser Sache. Die KPD hätte sich wirklich schon längst und ehrenvoller aus dieser Skandalaffäre herausziehen können, wenn nur ein

Kein wenig Vernunft und proletarisches Anstandsgefühl bei den „Führern“ vorhanden wäre.

In den übrigen Prozessen soll ich einen kläglichen Rückschlag angetreten haben, schreibt die Arbeiterzeitung. Wie lagen denn die Dinge? In der Zeit, als die in Frage kommenden Artikel erschienen sind, habe ich mich, gestützt auf meine Immunität, schützend vor die Arbeiterzeitung gestellt. Ich betrachtete dies als meine Pflicht. Seltener nur habe ich in der Redaktion mitgearbeitet. Jeder Verantwortung bar, wurde

von den Redakteuren quietschvergnügt drauflos gemurrt.

Bedenkenlos wurde das Unmöglichste veröffentlicht. Andauernde Ermahnungen trachteten nichts. Während meiner fast zweimonatigen Unternehmungshalt hielten es die „führenden Geister“ der KPD Baden noch nicht einmal für nötig, bei meinem Rechtsanwalt anzufordern, wieviel und welche Anklagen mich liefen. Die Geldstrafen- und Gerichtskostenbesatzung wurden rundweg abgelehnt. Auch die Hebernahme der Kosten für meinen Rechtsanwalt lehnten die „Arbeitervertreter“ in S. 3, 10, ab mit einer fadenheinierten Begründung.

Die Urteile des Schwurgerichts sind den Leuten der Arbeiterzeitung zu mild, das acht eindeutig aus dem Artikel hervor. Die 10 Monate Gefängnis und 2500 Mark Geldstrafe, die der Staatsanwalt beantragte, wären dieser Sorte von „Kommunisten“ angenehmer. Das Gericht, das heißt die Geschworenen, unter denen sich vier Arbeiter befanden, hatte wirklich Verständnis für die unter Klage stehenden Fälle. Nur den Geschworenen, und nur ihnen, nicht dem Oberstaatsanwalt, den bürgerlichen Richtern und der KPD-Vertreter, ist es zu danken, daß ich mit 2 Monaten Gefängnis und 750 Mark Geldstrafe davonkam. Daß die Arbeiterzeitung das Gesamturteil in 550 Mark umfälscht, gehört zu ihren Schwindlergepflogenheiten. Tatsache ist, daß ich jetzt insgesamt 2500 M. zu zahlen habe für Straf-, Gerichts- und Anwaltskosten und außerdem noch vier weitere Klagen gegen mich laufen.

Wo und wen ich denunziert haben soll, ist mir unbekannt. Ich habe weder einen Redakteur noch einen Gewährsmann genannt, obwohl ich in meiner Lage dazu ein Recht gehabt hätte. Die vor Gericht gemachten Aussagen halte ich jederzeit aufrecht und stehe zu ihnen. Im übrigen, meine Herren von S. 3, 10, rate ich Ihnen dringend, die Bete und Verleumdungen gegen mich einzustellen. Spinnen Sie den Bogen meiner Schuld nicht weiter, sonst lebe ich mich genötigt, Gleiches mit Gleichem zu vergelten, lebe ich mich genötigt, Feststellungen zu machen, die Ihnen bitter ausfallen dürften. Georg Kenzler.

## Freistaat Baden

Deutscher Industrie- und Handelstag in Mannheim

Gegenstand der Tagung des Deutschen Industrie- und Handelstages in Mannheim wurden zahlreiche Ausführungen über Mannheims Verkehrsbedeutung gemacht. Dem uns von der Mannheimer Handelskammer hierüber ausgesagten ausführlichen Bericht entnehmen wir folgendes:

Von E. K. Rübner a. C., Präsident der Reichsbahndirektion Karlsruhe, erläuterte die Einteilung der Reichsbahndirektionsbezirke nach Linien und Kreisbezirken, indem er auf das Beispiel des Bezirks Karlsruhe als ausgeprägten Linienbezirk verwies. Der Direktionsbezirk Karlsruhe umfaßt 1900 Kilometer mit einem Personal von 31 000 Köpfen. Er zählte hinsichtlich des Güterverkehrs zu den größten Bezirken der Deutschen Reichsbahn und umfaßt landschaftlich einen der allerhöchsten Teile des Reiches. Man brauche nur an Heidelberg, Baden-Baden, Freiburg, Odenwald, Schwarzwald, Böllental, Oberrheinlinie oder Bodensee zu denken. Mannheim habe sich allerdings nicht gerade den landschaftlich schönsten Teil des Landes ausgelacht, sondern bestimme die alte Erfahrung, daß die Intelligenz von Wirtschaft und Schönheit der Landschaft meist im ungekehrten Verhältnis zu einander stehe. Mannheim ist das Herz der badischen Wirtschaft, von dem das Blut in die einzelnen Abzweigungen fließt, über die der Direktionsbezirk verfügt. Dessen sei man sich in Karlsruhe wohl bewußt und nehme gerne darauf Rücksicht, wenn von Mannheim aus auch manche Kritik geübt werde.

Die Bedeutung des Bahnverkehrs im Direktionsbezirk Karlsruhe und den Anteil Mannheims daran schilderte Oberregierungsrat K. R. K. K. Die dichtbesiedelte südwestdeutsche Industriede ist vom Verkehr besonders stark durchflossen. Als einer der ersten deutschen Eisenbahnen wurde vom badischen Staat die Bahn Mannheim-Basel erbaut und deren erstes Stück Mannheim-Heidelberg bereits 1840 eröffnet. Im einzelnen wird Mannheim berührt von den Bahnstrecken Ludwigsbahn Pfz und Ludwigsbahn Pfz-Mannheim, eröffnet 1867, mit unmittelbarer Fortsetzung Mannheim-Heidelberg, von der Main-Neckarbahn Mannheim-Friedrichsfeld-Nord (Darmstadt-Frankfurt). Von Mannheim bis Friedrichsfeld-Süd benützen die Züge der Main-Neckar-Bahn a. Z. die schon erwähnte Hauptbahn Mannheim-Heidelberg, es ist aber in Aussicht genommen, später die Züge auf besondere Gleise zu verweisen. Diese zwei Gleise, deren Erfüllung mit dem Bahnhofsumbau Mannheim zusammenhängt, konnten wegen mangelnden Platzes bisher nicht errichtet werden. Ferner besitzt die Rheinbahn Mannheim-Karlsruhe-Frankfurt-Mannheim (ehemalige heilige Ludwigsbahn), eröffnet 1879, die a. Z. hauptsächlich dem Güterverkehr dient. Die Rheinbahn Mannheim-Schwetzingen-Karlsruhe wurde 1870 eröffnet. Sie ist a. Z. eine der stärksten besetzten Bahnen Deutschlands und für Mannheim von hervorragender Bedeutung deshalb, weil sie die schnellste Verbindung nach dem Süden ermöglicht, eine erstklassige PD-Zugstrecke, auf der a. Z. der Pullmannzug „Rheingold“ fährt. Von Bahnen mehr örtlicher Bedeutung, die nicht der Reichsbahn angehören, sind die oberbayerische Eisenbahngesellschaft Mannheim-Heidelberg-Weinheim-Mannheim und die Rhein-Hardtbahn Mannheim-Ludwigsbahnen-Dürkheim a. Z. zu erwähnen. Die städtische Straßenbahn bedient die eingemeindeten Vororte. Die Bedeutung des Verkehrssumfanges der Bahnhöfe von Groß-Mannheim ergibt sich aus der Tatsache, daß der Anteil Mannheims an der Wagenstellung nahezu 30 Prozent des ganzen Reichsbahndirektionsbezirks Karlsruhe ausmacht und daß der Anteil Mannheims an den Gesamtmaschinen des RBD. Karlsruhe noch höher als 30 Prozent ist, Zahlen, die sich noch erhöhen, wenn die Wagenstellung für die der RBD. Manns unterstellten Bahnhöfe Neckardorf und Waldhof dazugeschätzt werden. Mannheims Rangierbahnhof ist einer der größten Rangierbahnhöfe in Deutschland. In ihm münden 7 Bahnhöfe zusammen. Bei mittlerer Verkehrsstärke laufen etwa 130 Güterzüge täglich ein und ebenso viele aus. Im Jahr 1922 wurde an einem Tag ein Ausgang von 6940 Wagen erreicht. Diese Zahl Wagen würde, aneinandergereiht, einen Zug bilden, der die Strecke Karlsruhe-Mannheim ausfüllen würde. Nach einigen weiteren Mittelnungen über die Stellung Mannheims im durchgehenden Schnellzugverkehr ist der Vortragende keine Erläuterungen, die von den Mitteilern des Fabrikanten-Ausschusses mit großem Interesse aufgenommen wurden.

## Eisenbahn-Unfälle

Von Professor Theodor Lessing.

Nabeau bei allen Eisenbahnkatastrophen, die in den letzten Jahren vorgefallen sind, ist es uns aufgefallen, daß die Opfer des Unglücks fast immer nur zu jenen waren unter den Reisenden der dritten und vierten Klasse. Die Ursache ist, daß die Plagen der dritten und vierten Klasse an der gefährlichsten Stelle des Zuges, die der ersten und zweiten an der gefährlichsten Stelle einhängen werden. Die erste und zweite Wagenklasse befindet sich vielfach in der Mitte des Zuges, die dritte und vierte entweder vorn hinter der Lokomotive oder hinten im letzten Drittel des Zuges. So scheint es auf allen europäischen Bahnen zu sein.

Es ist mir immer wieder erstaunlich, daß über diesen unsocialen Unzug nicht allgemeine Empörung ausbricht. Die Reisenden der vorzuziehenden Klassen haben, indem sie den höheren Fahrpreis zahlen, mit Recht Anspruch auf bequemere und vornehmer ausgestattete Abteile, aber sie dürfen keineswegs Anspruch haben auf bessere Sicherheit und größeren Schutz des Lebens. Dieser muß allen Reisenden gleichmäßig zukommen.

Eben darum ist die einsig berechnete Verteilung der Wagenklassen im Zuge, daß die am meisten defekten Wagen auch an der gefährlichsten Stelle, also in der Mitte des Zuges, untergebracht werden. Bei der heutigen Verteilung, die dem Sinn der Demokratie und allem menschlichen Gefühl spottet, sieht es so aus, als ob man das Leben eines höher gestellten oder besser besetzten Mannes für kostbarer und wichtiger erachtet als das Leben des einfachen Mannes aus dem Volk. Es liegt aber gerade umgekehrt. Durch den Tod des kleinen Mannes wird eine ganze Familie oft aller Hilfe und Existenzmöglichkeit beraubt. Der Schutz für das Leben muß also dort eingreifen, wo die Mehrzahl gefährdet wird, und somit scheint es mir erforderlich zu sein, daß die unterste Wagenklasse, als die besetzteste auch den sichersten Platz im Zuge erhält, worin auch ein Entgelt liegt für die größeren Bequemlichkeiten, die der zahlungsfähigere Reisende sich leisten kann.

## Ozeanflieger

Die Ozeanflieger Köhl, Rymonrice und Dünefeld irrlichtern immer noch von Hualapal zu Hualapal, von Felsen zu Felsen, von Autoflug zu Autoflug hin und her, immer im Vollbewußtsein ihrer nationalen Sendung, immer etwas Schmalz in der Stimme und etwas Rührung über die eigene Kühnheit in der Helldruf.

Nun haben die Drei das Pech, daß zu gleicher Zeit „Miss Lindy“, Frau Emilia Garbart den Ozean überquert hat, und zwar ohne daß dieses sinnlose Frauensimmer sich auf „nationale Belange“ beruft und als „Instrument des Herrn“ aussagenen versucht. Englischen Reportern hat sie auf die Frage, warum sie eigentlich über das Meer geflogen sei, erklärt:

„Aus zweierlei Gründen. Erstens aus Ehrgeiz, weil ich die erste Frau sein wollte, die den Ozean überfliege. Dann aber wegen des Geldverlehs, der für den Flug ausgelegt war. Mit diesem Geld werde ich endlich die Doppelwitwe, die auf dem Hüschchen meiner Mutter lastet, abblößen können. Gott sei Dank, daß es vorüber ist!“

Man sieht, die anmaßliche Krämerralle ist eben doch aus ganz anderem Holz geschnitten! Sie legt die Wahrheit und macht aus ihrer Krämerralle kein Hehl! Der eine fliegt über den Ozean für den Ruhm und die Ehre seiner Nation! Der andere für etwas Kleingeld zur Ablösung einer Hypothek! Irreführer der Zeit!

## Gedenksteine für Zeppelin L. 32 in England

London, 27. Juni. Auf dem Friedhof von Great Burstead bei Billesden wurde gestern ein aus Deutschland eingetragener Gedenkstein, der 22 Namensinschriften trägt, auf dem Grab der Besatzung des Zeppelins L. 32 aufgestellt. L. 32 war im September 1916 in Brand geblieben worden und keine bestimmte Belohnung war dabei ums Leben gekommen. Unter den Inschriften befindet sich der Name jenes Kommandanten Werner Peterfen.

**Ludwig Traulmann, Filmchaufpieler**  
 4652 gastiert  
 am Sonntag, den 1. Juli vormittags **11-1** Uhr  
 in den  
**Residenz-Lichtspielen**  
 Waldstraße. Vorverkauf täglich an unserer Kasse

**CHRISTUS-KIRCHE**

**Samstag, den 30. Juni 1928, abends 8 Uhr**  
**Jubiläums-Fest-Konzert**  
 veranstaltet vom Kirchen-Chor der Markspfarrei  
 anlässlich seines 30-jährigen Bestehens

Mitwirkende: 4642  
 Marie von Ernst, Kammer Sängerin am Badischen  
 Landestheater Karlsruhe; Sopran  
 Dr. Hermann Poppen, Landeskirchenmusikdirektor  
 Orchester: Instrumentalverein, Karlsruhe  
 Musikalische Leitung: Hermann Leibold  
 Werke von J. A. P. Schulz, Max Reger, J. S. Bach,  
 Händel  
 Eintrittspreis Mk. 1.00. — Karten an der Abendkasse

**Arb. Gesangverein „Sängerbund“**  
 Karlsruhe-Nüppur  
 1836-1893  
 1919

**Fahnenweihe**

am 30. Juni, 1. und 2. Juli 1928  
 Programm:  
**Samstag, 30. Juni, abends 8 Uhr:**  
 Festbankett im geschlossenen Saal auf  
 dem Festplatz unter gut Mitwirkung  
 des Männergesangsvereins Nüppur; Fest-  
 musikalische Feste; Freie Turner-  
 schaft; die Arb.-Jugend und der Män-  
 nerchor des festgebenden Vereins.  
 Leitung: Herr Chorleiter Schopp.  
**Sonntag, vormitt. 1/2 11 Uhr:** Ehrung  
 verstorbenen Mitglieder auf dem Fried-  
 hof. — Von 12 Uhr ab Empfang der  
 Brudervereine. 1/2 1 Uhr: Aufstellung  
 des Festzuges beim Schloss Nüppur.  
 Festzug zum Festplatz (bei der Wirt-  
 schaft zum Strauß), dabei Festakt u.  
 Weihe der neuen Fahne. Weihe und  
 Festsprache Herr Pastor Kappeler. Ge-  
 sangabende der Brudervereine.  
 (Raffenschor „Arnt den Tag“)  
**Montag, nachmittags von 3 Uhr ab:**  
 Volksbelustigung und Konzert auf dem  
 Festplatz  
 In dieser Veranstaltung laden wir unsere  
 verehrlichen Mitglieder, faml. Bruder-  
 vereine sowie die Einwohnerstadt vom  
 Stadtteil Nüppur, Karlsruhe und Um-  
 gegend freundlich ein. — Die Bruder-  
 vereine von Karlsruhe treffen sich am  
 alten Bahnhof, von wo sie mit Musik  
 nach Nüppur abgeholt werden. 1208  
 Der Vorstand  
 (Die Festlichkeiten finden im großen Saal  
 bei jeder Witterung statt.)

**Schreibmaschine**

fabriken, Markenmodell, mit 25% unter Preis.  
 Offerten unter Nr. 4463 an das Volksfreund-  
 büro erbeten.

**Pfannkuch**  
 Fein  
 eingetroffen in  
 unterem  
**Sitz-  
 spezialgeschäft**

**Schlaf-  
 zimmer**  
 in Birke, Mahagoni,  
 Nußbaum, Eiche u.  
 lackiert  
 zu 475.- 550.-  
 675.- 750.-  
**Möbelhaus M. Kahn**  
 Waldstraße 22  
 (neben Colosseum)  
 Gegründet 1875

**Kabliou**  
 im ganzen Stück  
 Bd. 45 Bg.  
 im Aufschnitt  
 Bd. 48 Bg.  
 Nordsee-  
 Schellfische  
 Nordsee-  
 Kaviar  
 Schoten  
 Holzungen  
 Stragen  
 Bd. 65 Bg.  
**Schleien  
 Karpfen**  
 Bd. 1.10  
 ger. Seelachs  
 Goldbarsch  
 Flundern  
 Schellfische  
 Fische  
**Cereal**  
 abgezogen  
 1/4 Bg. 30 Bg.  
 Matjesheringe  
 Matjesfilet  
 Feinmarinad.  
 Geflügel  
 aus eigen. Farm  
**Pfannkuch**

**Badisches  
 Landestheater**  
 Donnerstag, 28. Juni  
 Donnerstag, 5. Juli  
 und Freitag, 6. Juli  
 Hofbühne 11

**Fuhrmann  
 Henschel**

von Hauptmann  
 In Szene gesetzt von  
 Ulrich von der Trenck.  
 Henschel Schulte  
 Frau Henschel Biegler  
 Danne Ermarth  
 Vertha Thiemer  
 Salther Brand  
 Siebenhaar Bräter  
 Karlchen Dening  
 Wermelstich Häder  
 Frau Wermelstich  
 Frauendorfer  
 Frauista Eneher  
 Gausse Gemmede  
 Frau Georl  
 George Kloeble  
 Fabig Müller  
 Hilberant Reimer  
 Brunert Schneider  
 Feuerwehr- Dillholt  
 männer 1 Weidner  
 Anfang 19 1/2 Uhr  
 Ende 22 Uhr.  
 I. Rang u. I. Sperrig 5.4  
 Am Donnerstag, 28. Juni  
 und am Donnerstag, 5.  
 Juli ist der IV. Rang, am  
 Freitag, 6. Juli sind  
 Plätze aller Preiskat-  
 egorien für den allge-  
 meinen Verkauf freige-  
 halten. 894

**Maß-  
 Anzüge**

werden angefertigt von  
 35 % an Reparaturen,  
 Änderungen u. Wägel-  
 b billiger Berechnung.  
**Herr Herr,**  
 Turinstraße 91, 111. 4600  
 Freitag, 29. Juni  
 zum ersten Mal  
 Schinderhannes  
 Samstag, 30. Juni  
 Margarethe.

**Buchdruckerverband - Bezirk Karlsruhe**  
**60 jährige  
 Gründungsfeier**

**Samstag, 30. Juni 1928, abends 7 1/2 Uhr in der Festhalle**  
**Fest-Konzert mit Ball**  
 unter Mitwirkung des Buchdrucker-Gesangvereins Typo-  
 graphia, der holländischen Polizei-Kapelle, der Tanzschule  
 Albrechts-Lager u. eines Sprechchors aus Berufsangehörigen  
**Donntag, 1. Juli 1928, vormittags 1/2 10 Uhr im Colosseum**  
**Festakt**

unter Mitwirkung der vollständigen Polizeikapelle und der  
 Kollegen-Gesangvereine Typographia Karlsruhe, Guten-  
 berg Porzheim und Gutenberg Ludwigsbafen. Festredner:  
 Kollege Otto Kraus, Berlin  
**Sachmittags 1/2 3 Uhr vom Festballplatz**  
**Festzug nach dem Plase der Freien Turner**  
**sofeldst das**  
**Bezirks-Johannisfest**  
 Vokal- und Instrumental-Konzert — unter Mitwirkung  
 des Musikvereins Karlsruhe, der Kollegen-Gesangvereine,  
 der Freien Turner, des Arbeiter-Radfahrer-Bundes-Solidarität  
 hatrinber. Für Unterhaltung für jung und alt ist bestens  
 gesorgt; für das leibliche Wohl steht Fleisch, Limonade, auch  
 der bekannte vorzügliche Stoff Maninger zur Verfügung;  
 la Schwärze zu billigen Preisen. Für die Erheiterung der  
 Jugend werden Wettläufe und Kinderspiele veranstaltet  
 Hierzu sind unsere Mitglieder und die Einwohnerstadt von  
 Karlsruhe herzlich eingeladen  
 Eintritt für das Festkonzert  
 Mitglieder frei; Nichtmitglieder: Herren 3.00 Mk., Damen  
 2.00 Mk. einschließlich Ball. Zu dem Festakt im Colosseum  
 haben nur Mitglieder und geladene Gäste Zutritt. Zum  
 Johannistfest ist der Zutritt für jedermann unentgeltlich  
 Kartenvorverkauf  
 in der Volksbuchhandlung und auf dem Buchdruckerbüro  
 Schützenstraße 10; im übrigen an der Abendkasse. Öffnung  
 des Festballsaales 1/2 7 Uhr



**Ihre Freundin**  
 ist Ihnen dankbar,  
 wenn Sie ihr sagen, daß Sil,  
 Henfels bewährtes Bleich-  
 mittel selbst hartnäckige Flecken  
 rasch und gut entfernt, ohne  
 das Wäschestück anzugreifen.  
 Ein guter Rat ist immer nützlich!

**Sil** zum Bleichen-  
 ohne Gleichen!

**Statt Karten. / Danksagung.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an  
 dem uns so schwer getroffenen Verlust sagen wir auf  
 diesem Wege unseren innigsten Dank. Insbesondere  
 danken wir dem Städtischen Gas-, Wasser- und Elek-  
 trizitäts-Amt sowie den Beamten des Elektrizitäts-  
 werkes und dem Verein städtischer Beamten, ferner  
 der Sozialdemokratischen Partei, dem Arbeitergesan-  
 gverein „Einigkeit“, dem Turnverein Grünwinkel und  
 dem Homöopathischen Verein für die Kranzspenden  
 und trostreichen Worte am Grabe. Nicht minder Dank  
 allen Kranz- und Blumenspendern und allen denjen-  
 igen, die den lieben Entschlafenen zur letzten Ruhe  
 begleitet haben. 4646  
 Karlsruhe-Grünwinkel, den 26. Juni 1928.  
 Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:  
**Frau Luise Kuhn Wwe. geb. Kohler**  
 nebst Sohn Ernst!

**Restaurant und Café**  
**„Zum Sinner-Eck“**  
 Tel. 836, 837 **Baden-Baden** Leopoldplatz  
 Angenehmer Aufenthalt  
**Sinner und Pilsner Bier**  
 Gepflegte Weine Reichhaltige Speisekarte  
 Inhaber: Carl König

**AUSSTELLUNG DIE PFALZ**  
 KARLSRUHE  
 STADT. AUSSTELLUNGSHALLE 1.-15. JULI 1928  
 Eintrittspreise: Mk. 0.50, Kinder und Schulen die Hälfte, Dauerkarte Mk. 2.-

**Plakate** in künstlerischer Ausführung fertigt an  
 Verlagsdruckerei Volksfreund G.m.b.H.

**Gloria-Palast** am Rondellplatz  
**Palast-Lichtspiele** Herrenstraße 11

**ab heute!**  
 Ein deutsches Kunstwerk 1. Ranges:  
**Der Piccolo vom Goldenen Löwen**  
 In dem gemütlichen Leben u. Treiben  
 einer verschlagenen Kleinstadt wirkt  
 ein aufgeweckter Piccolo, dargestellt  
 von unserem  
**jüngsten deutschen Filmstar**  
**Gusti Stark-Gstellenbauer**  
 der schon in diesem Winter im Ber-  
 liner Lessingtheater in Shakespeares  
 „Heinrich“ eine vielbeachtete Rolle  
 gespielt hat.  
 Weitere Hauptdarsteller:  
**Dina Gralla / Fritz Kampers**  
**Julius Falkenstein**  
 Außerdem das  
**Große reichhaltige Beiprogramm**  
**Jugendliche haben Zutritt!**

**ab heute!**  
 Der Liebling des Publikums  
**Mary Pickford**  
 in  
**Das Ladenmädcl**  
**Mary Pickford**  
 Kurzweilig! Lustig! Liebenswürdig!  
 ist schön wie immer und leistet ein  
 filmisches Meisterstück. Sie spielt  
 ihren größten Scherz und man ver-  
 läßt mit einem zufriedenen Lächeln  
 das Theater. 4645  
**Mary Pickford**  
 legt ihr ganzes Können in die Rolle  
 einer entzückenden, kleinen Ver-  
 käuferin deren Leiden und Freuden  
 sie mit erlebt  
**Großes reichhalt. Beiprogramm**  
**Jugendliche haben Zutritt!**

**Schlaf-  
 Zimmer**

1- u. 2-türige Schränke,  
 Kommode, Baldachin,  
 Kuschel-, Himmels- und  
 Kuchentische, Stühle,  
 Sessel, Spiegel, Schrank,  
 Nachttische, Divan,  
 Schreibisch mit Aufsatz  
 große Auswahl i. guten  
 saub. Betten, Bettstelle  
 mit Kopf schon von 15.40  
 an und sonstige Möbel  
 verkauft alles sehr billig  
**D. Gutmann**  
 Schubstr. 12, 4643  
 Karlsru. Verf. geb. Möbel

**Diamant**  
**Adler-, Presto-  
 Gritzer-  
 Fahrräder**  
 Nähmaschinen  
 Ersatzteile 6.80  
 Reparatur- Werkst.  
 zeitlich, gestatt.  
**X. Hottner**  
 Karlsruhe-Mühlberg  
 Hardtsstraße 27  
 188 / Telephon 1886

**Bayern-Tag** 30jähr. Jubelfeier  
 Am 30. Juni und 1. Juli

des Bayern-Vereins „Weiß-Blau“ mit Ge-  
 test des Gaues Baden-Pfalz auf dem Aus-  
 stellungssplatz am 1. Juli  
**Festkonzert der Karlsruher Schützenkapelle**  
 Festplatzzeröffnung 1 Uhr  
 Festplatzzeröffnung 1 Uhr

**August Bimmler**  
 Schreinermeister — Karlsru. 45  
 empfiehlt sich zur Ausführung  
 aller  
**Schreiner- u. Glaserarbeiten**  
 bei billigster Berechnung

**Mietervereinig. R. tubelc. S.)**  
**Stand-Uhren**  
 150 Stück  
 auserlesene Muster in je-  
 der Preislage und Holz-  
 art finden Sie in meinem  
 Ausstellungsraum  
 Eiche — Nußbaum  
 Birke — Kirschbaum  
 Versäumen Sie nicht,  
 meine 8 Schaufenster  
 zu besichtigen  
 Versand frachtfrei —  
 Auf Wunsch bequeme  
 Teilzahlun-  
**Unrenhaus**  
**Richard Kittel**  
 Am Stadgarten 1 / Hauptbahnhof

# Das badische Schulwesen vor dem Landtag

Abrechnung mit Abg. Oßfischer — Sozialdemokratie und Schule — Der Abstrichhimmel — Förderung der Volksschulen und Fachschulen — Gegen den Religionsunterricht in den Fachschulen — Für die Simultanschule — Schluß der allgemeinen Aussprache — Die Einzelberatung — Erhebliche Abstriche — Die Fachschulen — Mittelschulen — Lehrerbildungsanstalten — Der Handarbeitsunterricht — Die Fachschulen

Karlsruhe, 27. Juni.

Die allgemeine Aussprache über das badische Schulwesen wurde heute zu Ende geführt und auch schon ein tüchtiges Stück des Etats in der Einzelberatung erledigt. Langsam allmählich die Aussprache in die Abstimmungen über. Den Schlußpunkt setzte Abg. Oßfischer unter die Debatte mit einer Erklärung, daß er zu seiner Rede vom Freitag stehe. Unbelehrbar und eigenartig sinnig sind also weitere böse Tugenden der Deutschen Volkspartei! Wie ein ungeschicktes Kind schreien sie immer lauter, je mehr sie Schläge bekommen: ich laas erst recht noch einmal! Nun, die Deffektivität wird schon ihr Urteil über das demagogische Treiben dieser Partei fällen. Es ist immer grotesk und komisch, wenn man diese Partei über die Herrschaft anderer Parteien jammern und klagen hört. Ausgerechnet die Nachfahren der ehemaligen Nationalliberalen haben sich ein Recht an; über Unterdrückung und Gewaltpolitik anderer zu klagen! Sie, die, als sie einstmals die herrschende und ausschlaggebende Partei im Lande war, nicht einmal duldeten, daß auch nur ein Nachwächter einer anderen Partei angeborene! Ausgerechnet solch eine Partei klagt über Zentrumshegemonie! Abg. Schofer nannte diese Behauptung eine demagogische Phrase! Von einer Herrschaft des Zentrums in Baden kann man auch wirklich nicht sprechen; daß aber ein starker Zentrums einfluß vorhanden ist, kann nicht bestritten werden; ein Einfluß, der sogar schon beinahe die durch das Ergebnis der letzten Landtagswahlen gezogenen Grenzen überschreitet! Aber es liegt nur in der Hand der Wähler, ein solches Verhalten der Großen zu verhindern! Was bei der Reichstagswahl geschah, kann auch bei der Landtagswahl erreicht werden!

In der Einzelberatung war nach der erledigten allgemeinen Aussprache nicht mehr viel zu sagen. Die Debatte flackerte da und dort noch kurz wieder auf, ohne daß aber etwas anderes gesagt worden wäre, als bereits schon in der allgemeinen Aussprache geschehen war. Bemerkenswert ist, daß in diesem Etat im Haushaltsausschuß ganz beträchtliche Abstriche gemacht wurden, die nun vom Haupte genehmigt wurden. Es wird aller Kunst der Unterrichtsverwaltung bedürfen, um mit dem noch bewilligten Rest auskommen zu können. Das Zentrum soll sich im Haushaltsausschuß besonders abstrichlustig gezeigt haben. Es darf wohl gestattet sein, sich über diese Kürzungen ausgerechnet an den Ausgaben für Schule, Erziehung und soziale Schul- und Erziehungszwecke diese und jene Gedanken zu machen. — h. w.

## 43. Sitzung

Kurz nach 9 Uhr eröffnet Präsident Dr. Baumgartner die Sitzung. Schriftführer Mann verliest eine längere Entschließung des Reichstages über die Erziehung. — Präsident Dr. Baumgartner bemerkt unter Zustimmung des Haupte, seine Auffassung sei, es möge nun endlich nach der Regelung der Befolgsordnung eine gewisse Ruhe eintreten, es sei nicht zu wünschen, daß das Vorhaben der Lehrerinnen ein Vorbild für andere Organisationen werde.

In der Weiterberatung des Vorantrags des Ministeriums des Kultus und Unterrichts meint

Abg. Dr. Schofer (Str.), es sei nicht angängig, von einem Schulzweck zu sprechen, wie es Abg. Hofheins getan habe. Gerade die führenden Köpfe in der Schule müßten mit einem großen Optimismus ausgestattet sein. Ein Mittel, eine Verwurzelung des Lehramts im Volke zu erreichen, sei auch der Organisationsdienst. Ein Antrag soll allerdings nicht bestehen. Den Zugang zum Hochschulstudium solle man nicht sperren, wohl aber bei den Prüfungen einen stärkeren Maßstab ansetzen. Dann polemisiert Redner gegen den Abg. Bod, um sich hierauf mit den Ausführungen des Abg. Oßfischer vom letzten Freitag zu beschäftigen. Abg. Hofheins sei gestern sehr vornehm mit der Abwehr dieser Angriffe gewesen. Die Behauptung, die konfessionellen Lehrerbildungsanstalten seien die erste Ursache für die Simultanschule, ist ein diffidärer Irrtum. Konfessionelle Seminare wurden schon unter dem Minister Jolly errichtet. Man ist im Zentrum bereit, die Hand zum Frieden zu bieten. Auch eine badische Regierung muß respektieren, was in der Verfassung des Reiches steht. Die Antwort des Ministers, die Sache gehöre eher vor den Rechnungshof wie vor den Staatsgerichtshof, war die einzig richtige. Wenn Gesetze gemacht sind, müssen sie auch loyal durchgeführt werden. Der Erzbischof von Freiburg hat das Recht der freien Meinungsäußerung, wie jeder andere Staatsbürger auch. Der Vorwurf der Zentrumshegemonie ist zurückzuweisen. Es ist das weder nichts wie eine demagogische Phrase, mit der man die beliebende Koalition herabschätzen will. Alles könne eher besänftigt werden, als es bestünde eine Zentrumshegemonie in Baden. Was war es denn aber für eine brutale Herrschaft unter der nationalliberalen Zeit? Wir verlangen weiter nichts, wie daß jedem Zentrumsmann der gleiche Luftstich und das gleiche Vorwärtskommen, wie jedem anderen Staatsbürger ermöglicht wird.

## Abg. Graf (Soz.)

weist darauf hin, daß schon seit Jahren in Baden konfessionelle Lehrerbildungsanstalten bestanden haben. Wir haben im Ausschusse erklärt, daß, wenn derartige Abstriche gemacht werden, wie es besonders bei der Universität Heidelberg geschah, wir uns überlegen müßten, ob wir nicht den Strich der Mittel zur Eröffnung der beiden neuen Seminare beantragen sollten. Bei diesem Abstrichhimmel bestand eine Koalition Zentrum-Deutsche Volkspartei. Deutschnationale und Deutsche Volkspartei haben kein Recht, hier zu dem Reichsschulgesetz Kritik zu üben, denn sie haben ja in Berlin die Verantwortung für das Gesetz mit übernommen. Es sollte einmal in den Klänken nach der wirtschaftlichen Seite hin umsehen und Kontrolle geübt werden. Den hier sind die Befürchtungen sehr groß. Zu verurteilen ist, daß verurteilt wird, Patienten zu veranlassen, von der 3. Klasse nach der 2. Klasse sich verlegen zu lassen. Beschwerden kommen aus dem Samariterhaus Heidelberg, die dringend der Abhilfe bedürfen.

Die Volksschule soll erhalten werden, wie sie besteht. Heute wird aber bald schon für einen Handwerkerlehrling der Besuch einer höheren Lehranstalt verlangt. Der Volksschüler muß wieder zu seinem Recht kommen. Ein gut gebildeter Volksschüler ist brauchbarer wie ein halbgeliebter Mittelschüler. (Zustimmung.) Die Aufstellung muß nur nach der Fähigkeit des Schülers erfolgen, nicht nach dem Geldbeutel der Eltern. Solange für das seelische Wohl der Schüler nicht gesorgt ist, wird der Erziehungserfolg zweifelhaft sein. Städte und Regierungen haben hier große Aufgaben. Unerlässliche Ausgaben abt, es für die Schule nicht; im Gegenteil, gerade für Schule und soziale Aufgaben wird zu wenig ausgegeben. Zu groß kann der Steuerdruck doch nicht sein, wenn noch so große Festlichkeiten abgehalten werden können. Der Antrag der Deutschen Volkspartei auf Aufhebung der Zahl der Rektoren ist ein Kapitulationsantrag. Er kann nicht schon wegen der Konsequenzen in den anderen Verwaltungszweigen durchgeführt werden. Im nächsten Budget kann der Antrag vielleicht durchgeführt werden.

Größte Aufmerksamkeit verdienen die Fachschulen. Zu bedauern ist, daß von diesen Schülern Schulgeld erhoben wird. Nicht der Behörde trägt das Schulgeld, sondern die Eltern. Auch dadurch wird der Zugang zum Handwerksberuf gebremst. Es ist zu

prüfen, ob die Erhebung des Schulgeldes nicht gegen die Verfassung verstößt. Zu bedauern ist, daß der Religionsunterricht in den Fachschulen eingeführt wurde. Dieser Unterricht ist eine große Störung des üblichen Unterrichts. Es sollte den Schülern an den Fachschulen der Religionsunterricht bedeutet eine starke finanzielle Belastung, die nicht geparkt werden. Der Lehrermittelnunterricht ist auszubauen; der Unterricht sollte aber nicht durch Theoretiker, sondern durch geschulte Handwerker erteilt werden. Unsere badischen Fachschulen leisten sehr Vieles und Gutes. Dieses Schulwesen muß aber noch mehr ausgebaut werden. Zu wünschen wäre auch, wenn die jungen Mediziner auf der Universität in die Grundlagen des Berufslehrens eingeführt würden, denn man trifft hier eine erschreckende Unwissenheit.

## Abg. Schmittener (Dnt.)

schiebt die Schuld an dem Reuebessenen Schulgesetz auf die Reichsverfassung. Die Entschließung des Landtags im letzten Jahre wurde von der Regierung nicht durchgeführt. So lange es möglich ist, muß die Universität dem Lande erhalten bleiben. Der Verantrag an Gumpel wurde erteilt, obgleich die ganze Fakultät dagegen war. Dadurch wurde zum ersten Male das gute Einvernehmen zwischen Universität und Unterrichtsverwaltung getrübt.

## Abg. Scheel (Dem.)

bedauert die Rede des Abg. Oßfischer. Auch wenn ein Vertreter der Deutschen Volkspartei Minister wäre, hätte er nicht anders handeln können. Die beiden Lehrerbildungsanstalten sind geteilt vorgehen. Darüber besteht kein Zweifel. Ihre Errichtung ist lediglich eine Zweckmäßigkeitfrage. Mit dem Staatsgerichtshof drohen, ist doch nicht angängig. Die demokratische Partei ist entschieden für die Erhaltung der Simultanschule. Im weiteren tritt Redner für die Freiheit der Wissenschaft an den Universitäten ein, sowie für die Erhaltung des humanistischen Gymnasiums. Zu wünschen wäre eine größere Pflege der deutschen Sprache. Unter dem Fall Gumpel sollte einmal ein Strich gemacht werden. Im Anschluß hieran bezieht Redner Belegungs- und Berufungsfragen an der Universität Heidelberg.

Abg. Mauer-Karlsruhe (Dnt.) bemerkt dem Vordredner gegenüber, daß er in der Erhaltung der Simultanschule das Menschlichste getan habe. Die Gemeindefachschule der Reichsverfassung hätte für Baden einen Rückschritt bedeutet. Der Religionsunterricht in den Fortbildungsschulen ist berechtigt.

## Minister des Kultus und Unterrichts Peers

behandelt einige in der Debatte aufgeworfene Fragen. Der Wunsch des Abg. Graf bezüglich der jungen Mediziner werde geprüft. Das Hindernis bei den höheren Lehranstalten besteht darin, daß bei vielen Berufen zu hohe Anforderungen gestellt werden. Man wird auch die Volksschulen weiter ausbauen müssen, ebenso auch die Fachschulen, die aber keine Konkurrenz für die höheren Schulen werden dürfen. Die Lehrerbildungsanstalten sind keine konfessionellen Anstalten im Sinne der konfessionellen Schule, der Lehrplan ist ganz im Sinne der Simultanschule. Nach nicht einmal ein Viertel der Zusammenlegung des Schülermaterials an den städtischen Fortbildungsschulen läßt die Frage entstehen, ob man diese Schulen in der gegenwärtigen Form weiter bestehen lassen soll, oder ob man sie nicht irgendwie mit den Gemeindefachschulen vereinigen kann.

Abg. Oßfischer (Dnt.) erklärt, daß er zu seiner Rede vom Freitag stehe, es sei keine Kulturamprede gemeint. Den Vordredner der Religions- und Kirchenvereine lehne er und seine Fraktion ab. — Damit ist die allgemeine Aussprache erledigt.

## Es folgt die

## Einzelberatung

Titel I, „Ministerium“, wird ohne weitere Aussprache genehmigt. — Bei Titel III, „Unterrichtswesen“, spricht Abg. Scheel (Dem.) zum Abschnitt „Hochschulen“ und äußert eine Anzahl Wünsche der Universität Heidelberg. — Abg. Dr. Walde (Dnt.) unterstreicht, was der Vordredner gesagt und verlangt weiter das Promotionsrecht für die Handelshochschule in Mannheim. — Abg. Gaier (Str.) bringt eine Beschwerde gegen eine Freiburger Klinik vor, die sich weigerte, einen Kranken, der einen Freitagsurlaub hatte, in die Heil- und Pflegeanstalt zu überführen. — Minister des Unterrichts Peers fährt den Fall auf. — Abg. Schmittener (Dnt.) äußert ebenfalls Hochschulschwäche. In der Abstimmung wird u. a. ein Antrag des Betrages von 15 000 M. für Stipendienvergabe und soziale Fürsorge für Studierende auf 30 000 M. zu erhöhen, gegen die Stimmen der Sozialdemokratie und Kommunisten abgelehnt, ebenso ein Antrag, bei der Universität Freiburg den angeforderten Betrag von 18 000 M. auf 36 000 M. zu erhöhen. Bei letzterem Antrag erklärt Abg. Hüder (Soz.), daß es nun ein Unrecht sei, der Universität Freiburg eine Verdoppelung des Betrages zu gewähren, nachdem diese Verdoppelung bei Heidelberg abgelehnt sei, die sozialdemokratische Fraktion enthalte sich nunmehr der Stimme. — Nach Erledigung der Abschnitte „Hochschulen“ wird um 12.45 Uhr die Sitzung abgebrochen und Weiterberatung auf nachmittags 3.30 Uhr festgesetzt.

## 44. Sitzung

Die Einzelberatung des Schuletats wird in der Nachmittags-sitzung bei Abschnitt „Höhere Schulen“ fortgesetzt. Abg. Bod (Rom.) verlangt höhere Besteuerung des Besten, um dadurch dann die Bildung zum Allgemeinut des Volkes wenden. — Minister Peers weist die Auffassung zurück, daß begabten Kindern unbemittelte Eltern nicht die Möglichkeit des Vorwärtkommens gegeben sei. — Abg. Berberich (Dnt.) hält ebenfalls die Bemerkung des Abg. Bod, die Mittelschulen würden nur von Kindern besserer Eltern besucht, für unrichtig. Die Schüler würden mit zu viel unwichtigen Dingen belastet. Auch im Sport wird stark übertrieben; auch gegen die Auswüchse des Rennens wendet sich der Redner, wie auch gegen den übermäßigen Besuch der Lehrbücher.

## Abg. Hüder (Soz.)

weist darauf hin, daß es sehr viele Arbeiterkinder gibt, die begabt und fähig sind, eine höhere Lehranstalt zu besuchen, aber in der Volksschule bleiben müssen. Die Masse der Arbeiterkinder muß in die Volksschule. Die Eltern müssen ihre Kinder in eine Lehre schicken, weil es ihnen unmöglich ist, die Kinder bis zum 17., 18. oder 19. Lebensjahr zu unterhalten. Es ist also nicht richtig, daß in den höheren Lehranstalten sich schon viele Arbeiterkinder befinden. Zur Aufnahme muß eine strengere Sichtung und eine strengere Prüfung vorgenommen werden. Die Aufbauschulen ermöglichen den Eltern, ihre Kinder ohne größere Ausgaben eine gute Erziehung und Bildung zu verschaffen. Man sollte einmal den Versuch mit einem Internat machen. Vor jeder Ueberhebung sollte man sich zurückhalten. Zu beachten ist, wenn die Kinder hinaus in die Natur geführt werden; freuen sollte man sich auch, wenn sie in der Turnhalle ihre Übungen machen. Auch gegen ein gelegentliches Wettspiel ist nichts einzuwenden. Nur die Sportfregerei ist zu befürchten. Man kann die oberen Klassen auch mal mehrere Tage zu einem Ausfluge lassen. Bei den Realanstalten nehmen die Städte das Schulgeld ein; sie sollten bei Gewährung von Befreiung und Nachlass weitherzig sein, wie auch der Staat in seinen Gemäßen.

Abg. Oßfischer (Dnt.) teilt ein Urteil eines Universitätsprofessors mit, wonach die Leistungen der von den Mittelschulen, namentlich den Realanstalten kommenden Schüler, erschreckend tief liegend, besonders in Deutsch und Aufsatz. Es werde sogar schon in manchen Kreisen der Gedanke erweckt, zur Zulassung zum Unter-

richtsstudium ein besonderes Examen zu verlangen. — Minister Peers nimmt die gegebenen Anregungen zur Kenntnis. — Weiter sprechen Frau Abg. Richter (Dnt.), Abg. Dr. Wolkhard (Dem.), Abg. Mauer-Karlsruhe (Dnt.).

## Abg. Haebler (Soz.)

hält es nicht ohne weiteres für richtig, daß die Leistungen der Schüler der Realanstalten geringer seien wie die der Schüler der humanistischen Gymnasien. Es kommt bei dem, der später Mathematiker wird oder Ingenieur oder Naturwissenschaftler nicht darauf an, daß er eine gewisse Ausdrucksweise beherrscht. Daß die Schüler etwas erfahren vom dem Aufbau eine Sonate oder Symphonie ist nicht zu tabeln. Die Errichtung von Schullandheimen ist zu begrüßen. Die Jugend der Großstädte muß eine solche Erholung haben. Auch das Wandern ist aus der Jugendbewegung herauszuemachen. Alle Wünsche sind auf den Gedanken der Einfachheit einzustellen. — Nach längerer weiteren Ausführungen des Abg. Mauer (Dnt.) ist die Aussprache erledigt. Der Abschnitt wird genehmigt.

Zu dem Abschnitt „Lehrerbildungsanstalten“ liegen einige Anträge vor. — Abg. Bod (Rom.) beantragt, die Lehrerbildungsanstalten in Hinblick auf die große Zahl unbefähigter Lehrer zu schließen. Einige weitere Änderungsanträge beantragt hierauf Abg. Mauer (Dnt.). — Abg. Dr. Föhr (Dnt.) lehnt die Anträge ab und widerspricht den heute früh von Minister Peers bezüglich der Konfessionellität der Lehrerbildungsanstalten gemachten Ausführungen. Da der Minister nicht anwendig ist, wird auf Antrag des Abg. Hüder beschlossen, über die Lehrerbildungsanstalten morgen weiter zu debattieren.

Zur Frage des Handarbeitsunterrichts spricht Abg. Hofheins (Dem.).

Abg. Haebler (Soz.) unterstreicht die Ausführungen des Vordredners. Der Handarbeitsunterricht sollte über das ganze Land ausgedehnt werden. Die Bevölkerung hat eingesehen, daß den jungen Mädchen etwas Gutes geboten wird. Den an Eltern zur Entlassung gekommenen Lehrerinnen soll im Zeugnis bemerkt werden sein, daß ihre Anstellung erst in Jahren stattfinden könne. Auch dieser Abschnitt wird dann bemittelt; ebenso eine Reihe weiterer Paragraphen. — Zu Titel „Hochschulen“ dankt Abg. Duffner (Dnt.) der Regierung für das Wohlwollen, das sie der Unmühseligkeit in Furtwangen und den Sammlungen entgegenbringt. — Ministerialdirektor Huber macht hierzu einige Bemerkungen, hierauf Frau Richter (Dnt.), Abg. Hofheins (Dem.). — Zu Abschnitt „Gemeindefachschulen und Handelsschulen“ spricht noch Abg. Semmann (Rom.).

Abg. Hüder (Soz.), der den Fachschulen ein gutes Zeugnis ausstellt. Viele Betriebe nehmen die Lehrlinge nicht, um sie zu tüchtigen Arbeitern zu erziehen, sondern um eine billige Arbeitskraft zu haben. Es ist zu billigen, daß in den Gemeindefachschulen Arbeitswerkstätten eingerichtet werden. — Die Handelsschulen haben sich bewährt. Eine Gefahr besteht aber in den Handelsbetrieben dadurch, daß die Zahl der Lehrlinge um über 100 Prozent sich seit 1913 vermehrt hat. Viele Handelsbetriebe pumpten sich voll mit Lehrlingen. Es ist das eine große Gefahr für die Angestellten. Es sollte eine Verordnung erlassen werden, nach der die Höchstzahl von Lehrlingen festgelegt wird. Vom Antrag der Kommunisten auf Entfremdung des Religionsunterrichts aus den Gemeindefachschulen erklärt Redner, daß diese Frage wegen ihrer Wichtigkeit erst hätte im Ausschusse besprochen werden sollen. Da dies nicht geschah, so enthalte sich die sozialdemokratische Fraktion der Stimme. — Eine weitere Rede hielt zum gleichen Gegenstand Abg. Berberich (Dnt.). Der Ministerialdirektor Huber in verständlichem Entgegenwart. — Nach Erledigung dieser Titel wird um 14 Uhr die Sitzung geschlossen und die nächste Sitzung auf Donnerstag mittags 9 Uhr festgesetzt.

## Gewerkschaftsbewegung

Berlin, 28. Juni. (Funktext.) In dem Streik der Berliner Profifabriken hatte der Schlichter die Parteien für Dienstag mittags zu Verhandlungen geladen. Nach stundenlangem Dauer mühen aber diese Verhandlungen ergebnislos abgebrochen werden, da die Unternehmer weitere Zugeständnisse in der Lohnfrage ablehnten. Die Streikleitung will sich nunmehr über eine etwaige Verhängung des Kampfes schlüssig werden.

Der schottische Bergarbeiterverband hat beschlossen, auf dem kommenden Verbandstag der englischen Bergarbeiter die Unter-erhebung von Cook als Mittelglied des Generalrats der Gewerkschaften zu beantragen. Sein Nachfolger soll nach dem Wunsch der schottischen Bergarbeiterverbandes der Bergarbeiter Abg. C. I. B. werden.

Der Streik in den Berliner Profifabriken zeigt keine Veränderung, da die Streikenden mit Rücksicht auf die zum Mittwoch mittags anberaumten Verhandlungen des Schlichters, vorläufig von weiteren Maßnahmen abgesehen haben. Einige Firmen bemühen sich, erfolglos Streikbrecher heranzuziehen.

Aufhebung der Ausperrung am Redarional. Verhandlungen wegen der ausgesperrten Zimmerer haben zu einer Vereinbarung der Parteien geführt, jedoch die Sperre aufgehoben werden und seit Montag wieder die gesamte Belegschaft arbeitet.

Die Wahl zum Verwaltungsrat der Angestelltenversicherung durch die vor nicht weniger als 7 Monaten bereits gewählten Vertrauensleute ist nunmehr abgeschlossen. Sie hat dem Reichsverband der Angestelltenversicherung ein neues Mitglied in den Reichsverband der Angestelltenversicherung einverleibt. Die Wahl zum Reichsverband der Angestelltenversicherung hat die Sozialdemokratische Partei gewonnen. Die Wahl zum Reichsverband der Angestelltenversicherung hat die Sozialdemokratische Partei gewonnen. Die Wahl zum Reichsverband der Angestelltenversicherung hat die Sozialdemokratische Partei gewonnen.

Wie sehr bei dem nach geltenden Wahlgesetz der wählbaren Wille der Wähler berücksichtigt wird, zeigen die folgenden Zahlen. Bei den Vertrauensmännerwahlen im November 1927 hatten die Arbeiterverbände 270 000 Stimmen auf ihre Listen vereinigt, die vereinigten bürgerlichen Angestelltenverbände, einschließlich der bis 4 Mittelglieder im Verwaltungsrat Anspruch erheben konnte. Die Wahl zum Verwaltungsrat, die indirekt nach einem Pluralwahlrecht vor sich ging, ergab für die Liste des Arbeiterbundes 3627 Vertrauensmänner gebören 567 dem Arbeiterbundes, 3000 dem Gegnern an. Von den insgesamt 3517 Vertrauensmännern, die gültige Stimmen abgaben, stimmten aber für den Arbeiterbundes 57 für die Gegner 2946. Wenn man weiter berücksichtigt, daß sich unter den 110 unzulässigen Stimmen auch eine Anzahl der Arbeiterbundes befindet, dann haben nachweislich Vertrauensleute der Arbeiterbundes 667 Stimmen für die Liste des Arbeiterbundes bestimmt. Eine volle Auswertung der für den Arbeiterbundes bestimmten Stimmen ist durch das geltende Wahlgesetz verhindert worden. Die unerhörte Benachteiligung der Angestellten in den Industriebetrieben gegenüber den vorwiegend demagogischen eingestellten Reichsverbänden auf dem linken Lande ist auf eine rote Wählerkategorie zurückzuführen, nach der in einem Bezirk mit 1999 Wählern die gewählten Vertrauensleute das gleiche Stimmengewicht haben wie im allerersten Wahlbezirk der nach der amtlichen Liste nur 20 Wählern zählt. So ist teilweise der deutschen Nationalen Vertrauensleute ein über 100faches Stimmrecht gegenüber denen des Arbeiterbundes zugute gekommen. Soweit also in der Bundesversammlung vom Sieg der Nationalen gesprochen wird, handelt es sich dabei lediglich um eine unerschütterliche, aber durch das rot-demokratische Wahlgesetz gewollte Bevorsugung des Nationalen Sandlungsgewaltens gegenüber den freien Gewerkschaften.

# Karlsruher Chronik

Donnerstag, 28. Juni 1928.

## Geschichtskalender

28. Juni: 1577 \*Maler Peter Paul Rubens. 1712 \*Frau Scherff. 1785 \*Dichter Otto Julius Bierbaum. 1809 \*Dichter und Maler Art. Fugler. 1914 Erbsenrogg Straßensoldat und Frau in Ceramico ermordet. 1919 Deutschland unter Versailles Vertrag. 1924 Kabinett Heß in Bayern.

## Das Jubelfest der Buchdrucker

Der Bezirksverein Karlsruhe im Verbands der Deutschen Buchdrucker feiert am Samstag, 30. Juni, Sonntag, 1. und Montag, 2. Juli, sein 60jähriges Bestehen. 60 Jahre Gewerkschaft! Wohl ein Atom in der Weltgeschichte und im stundenlangen Raum der Zeit, ein einziger Augenblick nur in dem unendlichen Raum der Ewigkeit — und doch 6 Jahrzehnte harte, kampfreiche, aber von Erfolg gekrönte Arbeit für die soziale Besserstellung der Berufsangehörigen, für deren kulturelle Förderung und fachliche Ausbildung. Grund genug, dieses wertvolle Dokument von Menschheitsarbeit zu feiern und zu begehren. Und emsige Hände sind seit Wochen befreit, alle Vorbereitungen zu treffen, um das Fest würdig zu begehen, ihm Inhalt zu geben, ebenso inhaltreich zu gestalten, wie die vergangenen 60 Jahre erstere Arbeit. Ein Programm von außerordentlichen Darbietungen wurde aufgestellt. Es enthält:

Samstag, 30. Juni, abends 8 Uhr, in der Festhalle (großer Saal) Festkonzert. Die Namen der Mitwirkenden sprechen für die Güte des Programms, sie sind Garant für hervorragende Leistungen. Es haben sich verpflichtet: die vollständige Polizeikapelle unter Meister Heiligs Leitung, Gesangsverein Typographia (Dirigent: Gesangsabogado Herbold), Tanzschule Mariens-Vegeter, sowie ein Sprechchor aus Berufsangehörigen. Außerdem Bestätigungsanfrage des Bezirksleiters Koll. W. Maier. Ein Ball wird den Abend beschließen.

Der Sonntag steht zwei Veranstaltungen vor: Vormittags halb 10 Uhr im Colosseum Festakt. Neben der Polizeikapelle werden die Kollegen-Gesangsvereine „Typographia“ Karlsruhe, „Gutenbergs“ Forzheim und „Gutenbergs“ Ludwigshafen in die Feier weihenoll gehalten und Koll. Maier wird in einer Ansprache die Bedeutung des Festes den Besuchern vermitteln.

Der Nachmittag steht zunächst einem Festzug vor (Aufstellung 1/3 Uhr auf dem Festplatz) nach dem Platz der freien Turner. Anschließend das bei den Buchdruckern zur Tradition gewordene Johannistfest. Durch Festsprache und Instrumentalkonzert wird die Feier verhöflicht, wobei der Musikverein (Dirigent E. Leonhardt), sowie die Typographia mitwirken. Außerdem finden sportliche Aufführungen der freien Turnerschaft und des Arbeiteradlerbundes Solidarität statt. Es ist also ein abwechslungsreiches und geliebtes Programm vorgegeben. Selbstverständlich ist das bei Buchdruckern obligatorische Preisquadranten ebenfalls vorgegeben. Auch die Kinder werden auf ihre Rechnung kommen, denn für sie sind entsprechende Unterhaltungen vorgesehen.

Am Montag wird eine Autofahrt in den Schwarzwald mit Rast in Baden-Baden die Feier beschließen.

Die organisierte Arbeiter-, Anstaltler- und Beamtenenschaft ergeht das Ersuchen, sich zu den Veranstaltungen, besonders zum Festkonzert, Festzug und Johannistfest zahlreich einzufinden. Es gilt zu betonen, daß die übrige Arbeiterenschaft mit den Pionieren der freigesellschaftlichen Arbeiterbewegung, den Buchdruckern, Solidarität übt. Feste des Buchdruckerwesens sind solche ausserlesener Art, sie hinterlassen bei den Teilnehmern immer noch die angenehmsten Erinnerungen. Es war dies bisher noch zu das 60jährige Jubiläum wird diese Erfahrungstatsache erst recht bestätigen.

## Scharfer Kapitalschnitt

### Bei den Berlin-Karlsruher Industriewerken

Wir lesen darüber im Vorwärts: Der Aufsichtsrat der Berlin-Karlsruher Industriewerke hat am 27. Juni 1928 einen Bescheid über die Abänderung der Statuten erlassen, der die Höhe des Kapitals von 30 Millionen auf 15 Millionen herabsetzt. Dieser Bescheid kommt nicht überraschend, da die Gesellschaft, die 1924 bei der Umstellung auf Goldmark Kapital nicht zusammengefaßt und das aus der Friedenszeit übernommene, für die Zeit der Stabilisierung aber ungenutzt hohe Kapital von 30 Millionen beibehalten hatte, arbeitete schon seit Jahren unrentabel. Der Aufsichtsrat, der schon im Herbst 1927 Sanierungsmaßnahmen verfolgte, hat durch seine Schwäche gegenüber den Organisationskräften wertvolle Zeit ungenutzt verstreichen lassen. Die Aufgabe der Waffens- und Munitionsfabrikation und die notwendige Umstellung der Betriebe auf die Produktion von Werkzeugmaschinen, feintechnischen Maschinen und Maschinen war schon allein wegen der Abschreibungen auf die eine Zusammenlegung des Kapitals gegeben. Wenn also die Gesellschaft, die bei normaler Ausnutzung ihrer Betriebe etwa 10 000 Mann beschäftigt, auch in der Hochkonjunktur 1927 nur 10 000 Mann beschäftigt hat, so hat sie sich das selbst zuzuschreiben.

Diese Veröffentlichung des Vorwärts ist recht interessant, insbesondere auch für die im hiesigen Betrieb Beschäftigten der Berlin-Karlsruher Industriewerke. Die vom Vorwärts erwähnte und durch die Zeitung verursachte Unsicherheit versucht man auf Kosten der Arbeiterschaft dieses Betriebes, Niedrighaltung der Löhne, Schikanierung der Arbeiter usw. auszugleichen. Der Betrieb der Berlin-Karlsruher Industriewerke ist deshalb als „Musterbetrieb“ überall bekannt.

## Ausstellung „Die Pfalz“

Wie das ganze Saarland, so erhebt auch die durch den Versailles Vertrag gewollt von der übrigen Pfalz abgetrennte Saarprovinz seit dem 1. Juli 1920 die Forderung nach der Wiedereingliederung in das deutsche Reich. Diese Forderung ist durch die Saarprovinz selbst und durch die übrigen deutschen Länder immer aufgenommen worden. Auch die Saarprovinz wie die übrigen deutschen Länder hat keine Gelegenheit vorüberlassen, bei der die Forderung zum deutschen Vaterland besungen kann. Karlsruhe kennt diese Angelegenheit recht gut, und die Karlsruher werden sich so mancher Gelegenheit erinnern können, wo die Saarprovinz sich an Festtagen und an den in Karlsruhe so beliebten Heimattagen beteiligt haben.

Mit der Saarprovinz hat ganz Süddeutschland und besonders auch die Rheinprovinz eine sehr einschneidende wirtschaftliche Verbindung mit dem Saargebiet aufgeben müssen, indem die früher preußischen und rheinischen Kohlengruben an Frankreich abgetreten werden mußten und die früher sehr zahlreichen Saar-Kohlenbesitzer in Baden sich um den Weg von Ruhrkohlen umstellen mußten. Um diesen Verlust den Volksgenossen im unbesetzten Gebiet und namentlich vor Augen zu führen, haben die Saarpfälzer die folgende originelle Idee gehabt, in der vom 1.—15. Juli in der

städtischen Ausstellungshalle zu Karlsruhe veranstalteten Ausstellung „Die Pfalz“ einen massiven Kiesen-Kohlenblock von nicht weniger als 2 Meter Länge, 70 Zentim. Höhe und 80 Zentim. Breite und einem Gewicht von 40 Zentner auszustellen und seitens der Grube Frankenhof der Ausstellungsgesellschaft nach Beendigung der Ausstellung zur Verfügung zu stellen. Der Kohlenblock ist auf der Grube Frankenhof aus einem massiven Flöz herausgemeißelt worden, wurde auf einem besonderen Rollwagen aufgesetzt mit einem Lastwagen hierher gebracht und ist wohlbehalten auf diesem Rollwagen auch allfällig an seinen Platz in der Ausstellungshalle verbracht worden.

Einen massiven Kohlenwürfel von dieser Mächtigkeit zu sehen, wird wohl noch sehr wenigen vergönnt gewesen sein. Auch dürfte es allgemein interessieren, daß der Kiesen-Kohlenblock als Prämie dem 15 000sten Besucher der Ausstellung „Die Pfalz“ zufallen soll, die wie bereits gesagt, vom 1.—15. Juli in der städtischen Ausstellungshalle stattfindet.

## Neue Wirtschaftsführung des Volkshauses Karlsruhe

Am 1. Juli d. J. sieht im Volkshaus hier ein neuer Pächter auf. Es ist dies ein aus den Arbeiterkreisen hervorgegangener Kollege und zwar der seitberige Kantineninhaber der Fa. Junker u. Nuss, Genosse Heinrich Dorr. Gen. Heinrich Dorr hat ohne Zweifel die für einen Volkshauswirt notwendigen Voraussetzungen, indem er ertiens einmal als Kantinier bewiesen hat, daß er die erforderlichen Fachkenntnisse für einen großen Betrieb besitzt, und zum anderen, was außerordentlich wichtig ist, daß er als langjähriger organisierter Arbeiter tätig ist und in politischer, gewerkschaftlicher und sportlicher Hinsicht mit ihnen eng geht. Ohne Zweifel sind dies gute Voraussetzungen für einen Wirt im Volkshaus. Am Sonntag, den 1. Juli, nachm. von 5—11 Uhr, findet ein Eröffnungsbesuch durch den Arbeitermusikverein Daxlanden statt, wofür auch für die leiblichen Bedürfnisse in jeder Hinsicht gesorgt wird.

Wir wünschen unserem Genossen Heinrich Dorr als Pächter des Volkshauses nicht nur für den Eröffnungstag, sondern auch späterhin einen guten Erfolg für seine neue Tätigkeit.

## Freiwillige Sanitätskolonne

Am Samstagabend hielt die Kolonne auf dem Sportplatz des W.V. ihre diesjährige Schulübung ab. In erster Linie wurde dazu der diesjährige Ausbildungszug herangezogen, dabei traten die in diesem Jahre erstmals ausgebildeten Kolonnenbestimmten in Erscheinung. Das Bedürfnis nach weiblichen Hilfskräften machte sich schon seit langem geltend, ganz besonders bei Hilfsleistungen an weiblichen Personen. Die Kolonne verfügt nunmehr über eine genügende Anzahl weiblicher Hilfskräfte, die in späteren Kurien noch vermehrt werden kann. Der Übungsabend lag ein Waldbrand an Grunde. Die Übungsarbeiten waren zum größten Teil angetragene Unfälle, die im Bereiche des Sportbetriebes vorkommen können. Die gerade bei einer Übung im Depot befindliche Kolonne wurde telefonisch alarmiert und traf mit verschiedenen Kassefahrgruppen sehr bald auf der Unfallstelle ein. Ihnen folgte ein Lastkraftwagen mit weiteren Mannschaften und Geräten. Mit lobenswerter Schnelligkeit machten sich die eintreffenden Mannschaften an das Aufsuchen, Bergen und Verbinden der weiblich verletzten Verletzten. Der Präsident des Bad. Landesvereins vom Roten Kreuz, Herr Generalarzt Dr. Mantel, prüfte bei jedem angetragenen Transport die Verbände, sowie auch die theoretischen Kenntnisse der Sanitäter und Sanitätserinnen und sprach sich zum Schluß nur lobend über das Gebotene und Gesehene aus. Der Vorsitzende des Karlsruher Männerhilfsvereins, Herr Landespräsident L. R. Dr. Dillert, sprach im Namen des Männerhilfsvereins den Lebenden, sowie dem ausbleibenden Herr Dr. v. Krens den Dank für die Hingabe an die edle Sache des Roten Kreuzes aus.

(1) Mahnung wegen Beitritts zur gewerkschaftlichen Organisation. Wie der Verband der Nahrungs- und Getränkearbeiter mittelt, hat Metzgermeister Werner in der Kaiserstraße sämtliche Geschäfte verlassen, weil sie der Organisation beitreten sind. Aber so einfach, wie der Meister vom Hacklof die Sache sich vorstellt, wird es wohl nicht gehen.

(2) Sonderausstellung für deutsche Schieferhunde. Die kürzlich vom Verein für deutsche Schieferhunde S. V. Ortsgruppe Karlsruhe, veranstaltete Sonderausstellung hat einen recht guten Verlauf genommen. Zu der Eröffnung der Veranstaltung war u. a. auch Herr Ministerialrat Dr. Bark vom Bad. Ministerium des Innern erschienen. Aber nicht nur die gute Meldesahl gab der Ausstellung das würdige Gepräge, sondern die Güte des ausgestellten Materials läßt alle Erwartungen. Start war die Konkurrenz, so daß die Richter einen längeren Standpunkt bei den Prämierungen hatten. Insgesamt konnten 6 Vorrangplätze, 44 „Sehr gut“ und 20 „Gut“ vergeben werden. Das Jellert, das Jellert, bei einer Sonderausstellung festzustellen werden kann. Auch die beiden ausstellenden Ausstellungen waren fast gleichartig, jedoch auch hier die Richter längere Zeit benötigten, um zu entscheiden, wenn der 1. Preis zu steht. Derselbe fiel an den amerikanischen Zwiener Fortuna Fields, Besitzer Mr. und Mrs. George Cuffis a. Z. in Mont-Pelerin (Schweiz), während Herr Eise, Ortsgruppe Karlsruhe, den 2. Preis erhielt. Die Mitglieder der Ortsgruppe Karlsruhe konnten folgende Noten und Ehrenpreise erhalten: Die Note „Sehr gut“ die Herren Rieger, Fr. Böhmig, „Sehr gut“ Fr. Schwarz, G. Martin, D. Dusi, K. Rühle, O. Beder, E. Rohm, Fr. Schmidt, W. Krebs, Fr. Köhlermann, Karl Post, „Gut“ Herr Droge und Herr Graf. Die geplante Polizeihundvorführung konnte nicht wie vorbereitet, sondern nur als Teilarbeit in der Ausstellungshalle stattfinden.

(3) Der Reichsbund der Kinderreichen Deutschlands hielt am Montag, 25. ds. Mts., seine Monatsversammlung ab, bei der Herr Professor Dr. Dietrich eingehend berichtete über die Reichsbundgebung in Bochum am 16.—17. Juni. Die Verammlung wies einen sehr guten Verlauf auf und zeigte großes Interesse. Nach dem Bericht waren etwa 300 Vertreter aus allen Teilen Deutschlands erschienen. Eine ungewöhnlich große Zahl Begrüßungsgramme waren eingegangen, deren Beteiligung Stunden in Anspruch genommen hätte. Besonders Interesse zeigten an der Tagung Herr Reichsausschussabgeordneter Zoos und dessen Frau, die Mitglieder des Bundes sind. Die Bewegung ist erfreulicher Weise in anderen Teilen des Reiches erheblich fester als im Süden. So hat der Provinzialverband Westfalen über 17 000 Mitglieder. Eine außerordentlich rührende planmäßige Arbeit hat das Interesse und die Aufmerksamkeit der Reichsregierung auf sich gelenkt, jedoch diese schon den Hauptindien der Kinderreichen die Sorge suwendet, von denen die Wohnungsnot die schlimmste ist. Das Gebäude der sozialen Versicherung dürfte bald eine Krönung erfahren durch die Elternschaftsversicherung, wonach Familien jeden Standes mit vier und mehr Kindern zu deren Erziehung eine feste monatliche Beihilfe erhalten. Die Verammlung nimmt hierauf Kenntnis von der beabsichtigten Erzielung des Reiches, wonach über 14 Hektar Grundstücke zu Parzellen erschlossen wird für den Kleinwohnungsbaun unter günstigen Bedingungen. Daran anschließend nimmt die Verammlung Kenntnis von der Ausprache im Bad. Landtag und ist erkrankt über die Erklärung des Regierungsdirektors, wonach die Hausausfälle für Kinderreiche nicht gering sein sollen. Die Meinung und der Appell wird in einer Entschließung zusammengefaßt, in der es heißt, daß etwas Besonderes nicht geschaffen wurde. Es wird erwartet, daß die kommende Verammlung des Stadtparlaments endlich den Beschluß von wirkungsvollen Maßnahmen bringen möge.

(4) Vereingung des Forschungsinstituts für rationelle Betriebsführung im Handwerk. Das Karlsruher Forschungsinstitut für rationelle Betriebsführung im Handwerk, das hier im Landesgewerbeamt untergebracht ist, soll am 1. Oktober nach Berlin verlegt und dem Institut für Handwerk und Wirtschaft in Berlin angegliedert werden. Das Karlsruher Institut stand unter der bewährten

Leitung des Geschäftsführers des Badischen Handwerksammerbezugs Direktor Hauser, der am 1. Oktober nach Berlin übersteht und des Leiters des Landesgewerbeamts Oberregierungsrat Buccerius, Karlsruhe, der hier verbleibt.

## Veranstaltungen

Internationale Boglämpfe. Am kommenden Samstag, den 30. Juni, abends 8.30 Uhr, finden im Festsaal des Friedrichshofes erstmals wieder nach längerer Zeit Boglämpfe statt. Der bekannte Karlsruher Bogverein „Deros“ hat für diesen Abend eine qualifizierte französische Kampfmannschaft gewonnen. Zum Teil sind es Boger wie Appel, Gohgale, welche von dem letztjährigen hiesigen Treffen noch rühmlichst bekannt sind. Auch diesmal wird wieder mit sehr spannenden Kämpfen zu rechnen sein, zumal die übrigen französischen Teilnehmer durchweg Zielhader und erprobte Kämpfer sind. Bei der „Deros“-Mannschaft werden zum erstenmal die beiden Reulinge von Colonia-Rain starten, die zweifelslos für die Karlsruher eine nennenswerte Verstärkung bedeuten. Dem Bogabend wird lezt schon in sportlichen Kreisen allgemeines Interesse entgegengebracht.

„Hermann Röhl“ fliegt in Karlsruhe! Wie uns mitgeteilt wird, beabsichtigt der Böhmer-Berein „Weiß-Blau“ am Sonntag, den 1. Juli 1928 anlässlich seiner Währigen Jubelfeier, verbunden mit Gauflieg, seinem Landesmann, dem Eisenbahningenieur Hauptmann a. D. Hermann Röhl eine Jubiläumstour zu unternehmen. Im Einvernehmen mit dem Verkehrsverein haben die Böhmer nun beschlossen, einen Freidallion, getauft auf den Namen „Hermann Röhl“ aufsteigen zu lassen. Derselben soll eine Wochensahrt als Hauptmann Röhl angehängt werden. — Der Führer des niedergegangenen Ballons wird nun gebeten, die Wochensahrt an die aufgeschriebene Adresse weiterzugeben. Da sicher Schwefelbestäubung als Nebengangsgegenstand in Frage kommt, ist die Wochensahrt an die „Rheinische Zeitung“ abzugeben, dieselbe wird sie dann an Herrn Röhl weiterleiten. Es wird wohl die briefliche Dankschuldigkeit interessieren, wie weit ein Böhmerflug reicht, d. h. wie weit der „Hermann Röhl“ auf dem Festland fliegen kann, bis ihm der Betriebsstopp ausgeht. Hoffen wir, daß er nicht wieder Gestüte nach Salzwasser bekommt, sonst mühten wir ihn wohl bald als vermisst melden.

Musikisches Konservatorium. Die Schlußprüfungen im Eintrachtssaal begannen heute Donnerstag, abends 8 Uhr, mit Klavier- und Violinsonzerten und Sologesangsleistungen mit Begleitung. Morgen Freitag findet ein Klavierabend von Fr. Maria Kerber statt, wobei als Prüfungsgegenstand Kammermusik und Sologänge vorgelesen sind. Den Schluß bildet Schuberts 23. Psalm für Frauenchor.

Das Bad. Konservatorium für Musik veranstaltet heute abend 8 Uhr im Bürgeraal des Rathauses ein Festkonzert seiner Oberklassen. Das Programm enthält Werke für Klavier und für Violon und Klavier von Robert Schumann.

## Lichtspielhäuser

Reifungs-Geschichte. Der bekannte Filmstarletter Endrich Trautmann, ein besserer Kind, feiert sein 15. jähriges Jubiläum. Während den Rührer bisher nur in Filmen als großen Menschenbakterle bewundern konnten, hören wir ihn bei seinem Gastspiel in den Reifungs-Geschichten als Regisseur. Er stellt ebenso wie im Film durch seinen angeborenen Hang für das Nützliche, durch die ruhige, klare Logik seiner Gestaltung, durch den prägnanten Ausdruck seines Willens. Er ist kein Freund vieler Gassen und überhörsamer Gestaltungsdränge; von nahezu kindlicher Einfachheit sind die einzelnen Charaktere, die er im Effekt zu graufamer Wildheit und Bestialität durchbrechen läßt. Ein Hauch von Ergehrn liegt über seinem Wesen und gibt ihm einen eigenartigen, interessanten Reiz, dazu weiß er sein prächtiges Organ so feinsinnig mit der Begleitmusik zu verbinden, daß eine wahre Wortmusik entsteht.

Babische Lichtspiele. „Durchlaucht Rabieschen“, das Filmstück, das vom Freitag, 29. Juni ab im Konzerthaus zur Vorführung gelangt, ist im abenteuerlichen Geschick, in der sich der heisse Atem des Wahnsinn mit Wiener Pracht, Wiener Freude und Ausgelassenheit in ständlicher Weise mischt. Der junge König eines kleinen Staates, der durch eine Revolution um seine Herrschaft gebracht worden ist, wird mit seiner furchtlichen Gemahlin, die vor Jahren eine bekannte, feste Tänzerin war, nach dem schönen Wien in Verbannung geschickt, um selbst einen geliebten Nachfolger für den Thron seiner Väter ausfindig zu machen. Hier wird die Geschichte im im abenteuerlichen Geschick nicht länger, ihr fernerer Verlauf an der Seite ihres Gemahls fern von der gefährlichen Politik im lebensfrohen Wien zu verbringen. Ein buntes, boscisches Filmstück, voller Grazie und Schalkheit, das den Hauptdarstellern: Kenta Desni, Werner Pütterer und Hans Junfermann reichlich Gelegenheit bietet, ihre rühmlichst bekannten Talente zu entfalten und sicher nicht verfehlen wird, den Zauber seines Humors auf das große Publikum auszuüben. Jugendliche unter 18 Jahren haben zu den Vorstellungen keinen Zutritt.

## Rus den Vororten

Hüppurr. Fahnenweihe des Arbeitergesangsvereins „Sängerbund“ Karlsruhe-Hüppurr. Der Arbeiter-Gesangsverein „Sängerbund“ feiert am 30. Juni, 1. und 2. Juli 1928, seine Fahnenweihe. Als Einleitung findet am Samstagabend auf dem Festplatz ein Festbankett unter Mitwirkung vom Männergesangsverein Hüppurr, Feuerwehregesellschaft, Freie Turn- und Arbeiterjugend, sowie des Chores des festgebenden Vereins statt. Am Sonntag, 1. Juli, finden sich zur feierlichen Weihe der neuen Fahne auch abteilweise auswärtige Gesangsvereine ein. Der festgebende Verein sowie die Hüppurrer Einwohnergesellschaft sind erfrigt bei den Vorbereitungen für einen würdigen Empfang der Festgäste. Die Festlichkeiten finden in großen Zelten auf dem Festplatz bei der Wirtschaft zum Strauß bei jeder Witterung statt.



Ich Anna Csillag

habe in 52-jähriger Tätigkeit auf dem Gebiete der Haarpflege Tausende von Fällen gesehen, in denen durch Unwissenheit oder Sorglosigkeit der schönste Schmuck des Menschen, die Haare, verloren ging. Ich habe mich daher entschlossen, allen jenen, die an Schuppen, Haarausfall oder sonstige an ihren Haaren leiden, meine vollkommen kostenlose Haaruntersuchung zur Verfügung zu stellen. Alles, was Sie hierzu in Ihrem eigenen, wie im Interesse der Volksgesundheit zu tun haben, ist, mir eine Probe Ihrer ausgekämmten Haare samt kurzer Beschreibung Ihrer Beschwerden und untenstehenden Abschnitt einzusenden und Sie erhalten kostenlos das Ergebnis der Untersuchung und alle gewünschten Auskünfte.

Anna Csillag, Frankfurt am Main  
Neue Mainzerstraße 58

Name: \_\_\_\_\_ Alter: \_\_\_\_\_  
Adresse: \_\_\_\_\_

15 Pfennig in Marken für Rückporto! 654

